

Jahresabschluss (HGB) der  
Landwirtschaftlichen Rentenbank  
zum 31.12.2010



# Inhaltsverzeichnis

Lagebericht .....	2
Jahresbilanz .....	18
Gewinn-und-Verlust-Rechnung .....	20
Anhang zum Jahresabschluss .....	22
Organe .....	39
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers .....	42
Versicherung der gesetzlichen Vertreter .....	44
Bericht des Verwaltungsrates .....	45

# Lagebericht

## Wirtschaftliches Umfeld

2010 prägten vor allem zwei Entwicklungen das Geschehen an den Finanzmärkten: die Erholung der Weltkonjunktur und die Staatsschuldenkrisen einiger Euroländer. Nach der schwersten weltwirtschaftlichen Rezession seit dem zweiten Weltkrieg belebte sich die Weltkonjunktur unerwartet schnell und kräftig. Sowohl staatliche Konjunkturprogramme als auch das dynamische Wachstum in den Schwellenländern leisteten wichtige Beiträge zur Aufwärtsentwicklung in den Industriestaaten. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Euroraum wuchs 2010 um rund 1,7 % nach einem Rückgang von 4,1 % im Vorjahr. Die Unterschiede zwischen den Euro-Staaten waren allerdings enorm. So befanden sich Griechenland und Irland auch 2010 noch in einer Rezession, während das BIP-Wachstum in Deutschland nach dem Einbruch im Vorjahr (- 4,7 %) mit einem Plus von 3,6 % überdurchschnittlich hoch ausfiel. Für Wachstumsimpulse sorgte dabei nicht nur der Export, sondern auch die leichte Erholung der Binnennachfrage.

Die Inflationsraten blieben 2010 im Euroraum auf einem niedrigen Niveau. Trotz der konjunkturellen Erholung begrenzten die niedrige Kapazitätsauslastung und die hohe Arbeitslosigkeit in vielen Ländern den Preiserhöhungsspielraum. Die Verbraucherpreise stiegen im Euroraum durchschnittlich um 1,6 % nach 0,3 % im Vorjahr. Da die Energie- und Rohstoffpreise vor dem Hintergrund des weltweiten Aufschwungs wieder stärker stiegen, erhöhte sich jedoch der Preisdruck im Jahresverlauf. Im Dezember überschritt die monatliche Inflationsrate erstmals seit mehr als zwei Jahren wieder die 2 %-Marke. Nach dem deutlichen Anstieg im Rezessionsjahr 2009 verharrte die Arbeitslosigkeit im Euroraum 2010 ganzjährig bei rund 10 % (ILO-Standard). Eine deutlich positivere Entwicklung verzeichnete Deutschland. Hier sank die Arbeitslosenquote im Jahresverlauf von 7,3 % auf 6,6 %.

Die umfangreichen Konjunkturprogramme zur Belebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage blieben ebenso wie die Rezession des Vorjahres nicht ohne Wirkung auf die öffentlichen Finanzen. Im Jahr 2010 rückte die weltweit ausufernde Staatsverschuldung in den Fokus der Anleger und Rating-Agenturen. Davon waren im Euroraum insbesondere die Länder Griechenland, Irland und Portugal, zeitweise aber auch Spanien und Italien betroffen. Die Spreads zwischen den Renditen europäischer Staatsanleihen weiteten sich dementsprechend stark aus. Im Mai spannte die Europäische Union (EU) unter Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF) einen Rettungsschirm von 750 Mrd. € mit dem Ziel, Euro-Mitglieder vor dem Staatsbankrott zu retten und die Finanzmärkte zu stabilisieren. Auch die Europäische Zentralbank (EZB) war in die Hilfsmaßnahmen einbezogen. Sie gewährte den Banken im Rahmen ihrer regelmäßigen Refinanzierungsgeschäfte unbegrenzt Liquidität und kaufte gedeckte Schuldverschreibungen (covered bonds) und Staatsanleihen gefährdeter EU-Staaten.

Diese Maßnahmen führten zu einer vorübergehenden Stabilisierung der Finanzmärkte. Im weiteren Jahresverlauf kam es vor dem Hintergrund der anhaltenden Schuldenkrise und des immer noch fragilen Finanzsektors zur erneuten Verunsicherung der Marktteilnehmer. Das gesamte Jahr 2010 kennzeichnete eine hohe Volatilität der Finanzmärkte. Viele Investoren zogen sich aus risikoreicheren Anlageklassen zurück. Folglich sanken die langfristigen Renditen sicherer Anlageformen. Gleichzeitig wurde die Zinsstrukturkurve flacher. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen ging bis Anfang September 2010 auf rund 2 % zurück. Neuerlich aufkeimende Inflationserwartungen, die Diskussionen um die Einführung von Eurobonds und die Befürchtung, die Schuldenkrise im Euroraum könnte sich ausweiten, ließen die Rendite bis zum Jahresende 2010 wieder auf rund 3 % steigen.

## Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsentwicklung der Rentenbank war 2010 durch eine anhaltend hohe Nachfrage nach Förderfinanzierungen und eine Normalisierung der Ertragslage gekennzeichnet. Das Fördervolumen erreichte insgesamt 66,5 Mrd. € (65,8 Mrd. €) und lag damit um 1,1 % über dem Vorjahr. Aufgrund des höheren Neugeschäfts bei Programmkrediten wuchs der Bestand an Förderkrediten um 0,8 Mrd. € bzw. 1,9 % auf 42,6 Mrd. € (41,8 Mrd. €). Das Bilanzvolumen der verbrieften Finanzierungen sank, da die Fälligkeiten das gestiegene Neugeschäft übertrafen. Insgesamt erreichten die Neuabschlüsse im Fördergeschäft im Geschäftsjahr 2010 12,2 Mrd. € (10,7 Mrd. €). Durch das höhere Neugeschäft stieg der Bedarf an Kapitalmarktmitteln. Im Berichtsjahr nahm die Bank an in- und ausländischen Kapitalmärkten 10,6 Mrd. € (10,0 Mrd. €) auf.

## Bilanz

Die Bilanzsumme wuchs 2010 um 2,7 Mrd. € (-12,1 Mrd. €) bzw. 3,6 % (-13,8 %) auf 78,5 Mrd. € (75,8 Mrd. €). Die Eventualverbindlichkeiten betragen 3,6 Mio. € (119,1 Mio. €). Die unwiderruflichen Kreditzusagen erhöhten sich um 0,1 Mrd. € auf 1,4 Mrd. € (1,3 Mrd. €). Die Bank legt ihre Kredite grundsätzlich wettbewerbsneutral über andere Banken heraus. Auf der Aktivseite der Bilanz fielen dementsprechend die Forderungen an Kreditinstitute mit einem Anteil von 63,1 % (61,2 %) besonders ins Gewicht. Diese Position wertete zum Jahresultimo mit 49,5 Mrd. € (46,4 Mrd. €). Die Forderungen an Kunden nahmen um 0,8 Mrd. € auf 1,8 Mrd. € (1,0 Mrd. €) zu. Die in dieser Position enthaltenen Kommunalkredite erhöhten sich um 0,9 Mrd. € auf 1,4 Mrd. € (0,5 Mrd. €). Die Bank hält keine Wertpapiere bzw. Forderungen mit strukturierten Kreditrisiken wie ABS (Asset Backed Securities) oder CDO (Collateralized Debt Obligations). Der Wertpapierbestand setzt sich fast ausschließlich aus Bankanleihen und -schuldverschreibungen zusammen. Er verringerte sich um 1,2 Mrd. € auf 26,9 Mrd. € (28,1 Mrd. €). Diese Bilanzposition enthielt Anleihen und Schuldverschreibungen des Anlagebestands in Höhe von nominal 26,6 Mrd. € (8,5 Mrd. €). Wertpapiere von nominal 0,1 Mrd. € (2,9 Mrd. €) wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Auf der Passivseite der Bilanz verringerten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 1,2 Mrd. € auf 3,1 Mrd. € (4,3 Mrd. €). Die Tages- und Festgelder sowie die Offenmarktgeschäfte gingen um 0,8 Mrd. € auf 0,2 Mrd. € (1,0 Mrd. €) zurück. Die ebenfalls unter dieser Position ausgewiesenen Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen reduzierten sich um 0,4 Mrd. € auf 1,3 Mrd. € (1,7 Mrd. €). Von den Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist sind am Jahresende 1,2 Mrd. € zwischen einem und fünf Jahren und 0,8 Mrd. € in mehr als fünf Jahren fällig.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verminderten sich um 0,3 Mrd. € auf 5,6 Mrd. € (5,9 Mrd. €). Die Bilanzposition enthält überwiegend Namensschuldverschreibungen, die am Jahresende mit einem Bestandsvolumen von 4,4 Mrd. € (4,7 Mrd. €) ausgewiesen wurden. Zum Bilanzstichtag sind von den Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist 1,7 Mrd. € zwischen einem und fünf Jahren und 3,4 Mrd. € in mehr als fünf Jahren fällig.

Der Bestand an verbrieften Verbindlichkeiten erhöhte sich um 0,5 Mrd. € bzw. 0,8 % und führte am Jahresultimo zu einem Ausweis von 62,1 Mrd. € (61,6 Mrd. €). Das Euro-Medium-Term-Note-Programm (EMTN) stellt mit 35,8 Mrd. € (37,8 Mrd. €) das wichtigste Refinanzierungsinstrument dar. Die Globalanleihen beliefen sich am Jahresende auf 11,5 Mrd. € (10,3 Mrd. €). Innerhalb der Geldmarktrefinanzierung erhöhte sich der Bestand aus dem ECP-Programm auf 10,1 Mrd. € (10,0 Mrd. €).

Alle zur Refinanzierung aufgenommenen Geld- und Kapitalmarktmittel wurden zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen.

Die Rückstellungen nahmen um 11,7 Mio. € auf 465,8 Mio. € (477,5 Mio. €) ab. Den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden brutto 5,7 Mio. € (36,2 Mio. €) zugeführt. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist auf die Anpassung des

Bewertungsansatzes für die Pensionsverpflichtungen an die internationalen Rechnungslegungsvorschriften des IAS 19 zurückzuführen, die 2009 zu einem einmaligen Anstieg der Position führte. Der Verbrauch für laufende Pensionszahlungen und ähnliche Verpflichtungen betrug 5,1 Mio. € (5,8 Mio. €). Aufgrund der Erstanwendung des BilMoG wurden 22,5 Mio. € erfolgsneutral den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen entnommen und in die Gewinnrücklagen eingestellt. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben sich um 22,5 Mio. € (+30,4 Mio. €) vermindert. Der Deckungswert ist auf der Grundlage eines Rechnungszinsfußes von 5,15 % (3,5 %) ermittelt worden.

Die anderen Rückstellungen stiegen um 10,9 Mio. € auf 381,2 Mio. € (370,3 Mio. €). Diese Bilanzposition umfasst insbesondere den Förderbeitrag der Rentenbank sowie die Vorsorge zur Stützung einer Beteiligung.

## Ertragslage

Die Ertragslage der Bank entwickelte sich nach den beiden außergewöhnlich guten Vorjahren zufriedenstellend. Einschließlich der Ergebnisbeiträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Beteiligungen betrugen die Zinserträge 2.834,3 Mio. € (3.086,4 Mio. €). Nach Abzug der Zinsaufwendungen von 2.425,1 Mio. € (2.663,0 Mio. €) errechnete sich ein Zinsüberschuss von 409,2 Mio. € (423,4 Mio. €). Der Verwaltungsaufwand reduzierte sich um 35,6 Mio. € auf 39,4 Mio. € (75,0 Mio. €), da im Vorjahr eine Anpassung des Bewertungsansatzes für die Pensionsverpflichtungen erfolgte, die zu einem einmaligen außerordentlichen Anstieg dieses Aufwandspostens führte.

Das Betriebsergebnis vor Vorsorge und Bewertung erhöhte sich um 5,4 % und betrug 366,2 Mio. € nach 347,4 Mio. € im Vorjahr.

Die Ergebnisse der Segmente „Fördergeschäft“ sowie „Kapitalstockanlage“ entwickelten sich weiterhin positiv. Im Segment „Treasury Management“ normalisierte sich die Ertragslage.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft sind ausreichend bemessen und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken. Abschreibungen auf Wertpapiere der Liquiditätsreserve nach § 253 Abs. 4 HGB und des Anlagebestands nach § 253 Abs. 3 HGB mussten zum Bilanzstichtag nicht vorgenommen werden. Im Vorjahr wurden auf Wertpapiere der Liquiditätsreserve 1,3 Mio. € und auf Wertpapiere des Anlagebestands 31,1 Mio. € abgeschrieben. Die nach § 253 Abs. 5 HGB erforderlichen Wertaufholungen auf Wertpapiere des Anlagebestands in Höhe von 19,4 Mio. € wurden maximal bis zur Höhe der in den Vorjahren vorgenommenen Abschreibungen durchgeführt. Im Vorjahr wurden Wertaufholungen auf Wertpapiere der Liquiditätsreserve von 9,3 Mio. € gebucht.

## Jahresüberschuss

Der Jahresüberschuss wird 2010 mit 47,0 Mio. € (45,0 Mio. €) um 2,0 Mio. € höher als im Vorjahr ausgewiesen. Vorbehaltlich der noch ausstehenden Beschlüsse der zuständigen Organe sollen hieraus 35,25 Mio. € (33,75 Mio. €) der Hauptrücklage zugeführt werden. Das Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank beschränkt nach § 2 Absatz 3, Satz 2 die maximale Höhe der Deckungsrücklage auf 5 % des Nennbetrages der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen. Entsprechend wurde aufgrund des rückläufigen Volumens der zu deckenden Schuldverschreibungen ein Betrag von 29,2 Mio. € (121,0 Mio. €) der Deckungsrücklage entnommen und in gleicher Höhe der Hauptrücklage wieder zugeführt. Nach der Rücklagendotierung verbleibt ein Bilanzgewinn von 11,75 Mio. € (11,25 Mio. €), der für eine Förderung der Landwirtschaft sowie des ländlichen Raumes verwendet wird.

## Eigenkapital

Die bilanziellen Eigenmittel erreichen nach der Dotierung der Hauptrücklage und der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken 3.074,6 Mio. € (3.125,7 Mio. €).

Sie setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2010 Mio. €	31.12.2009 Mio. €
Grundkapital	135,0	135,0
Hauptrücklage	651,7	564,7
Deckungsrücklage	159,1	188,3
Fonds für allgemeine Bankrisiken	1.348,0	1.170,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	780,8	1.067,7
Summe	3.074,6	3.125,7

Die bilanziellen Eigenmittel verringerten sich im Vergleich zu 2009 um 51,1 Mio. €.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde um 178,0 Mio. € auf 1.348,0 Mio. € aufgestockt. Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben sich aufgrund von Fälligkeiten unter Einrechnung von Wechselkursschwankungen per saldo um 286,9 Mio. € vermindert (38,3 Mio. €). Der Anteil der offen ausgewiesenen haftenden Mittel an der Bilanzsumme betrug 3,9 % (4,1 %).

Aufsichtsrechtlich belaufen sich die Eigenmittel der Bank zum 31.12.2010 vor Feststellung des Jahresabschlusses auf 3.246,1 Mio. € (3.027,0 Mio. €). Die nach § 10 Abs. 1 KWG auf Basis der Solvabilitätsverordnung errechnete Gesamtkennziffer lag am Bilanzstichtag mit 24,5 % (23,8 %) weit über den gesetzlichen Mindestanforderungen.

## Rechnungslegungsprozess

Der Rechnungslegungsprozess umfasst sämtliche Tätigkeiten von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses.

Ziel des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS)/Risikomanagementsystems (RMS) ist, die Einhaltung der Rechnungslegungsstandards und -vorschriften sicherzustellen und die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung zu gewährleisten.

Die Rentenbank bilanziert nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) vom 25.05.2009 und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) unter Berücksichtigung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB). Der Konzernabschluss der Rentenbank wird nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften (IFRS) aufgestellt. In Handbüchern und Arbeitsanweisungen werden diese Regelungen für die Rentenbank dargestellt. Der Bereich Finanzen überwacht diese regelmäßig und passt sie an veränderte gesetzliche und regulatorische Anforderungen an. Die Einbindung des Bereichs Finanzen in den „Neue-Produkte-Prozess“ (NPP) stellt die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte sicher.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar dargestellt. Die Aufbewahrung der entsprechenden Unterlagen erfolgt unter Beachtung der gesetzlichen Fristen.

Die Funktionen der im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess wesentlich beteiligten Bereiche sind klar getrennt. Die Darlehens-, Wertpapier- und Passivbuchhaltung sind in Neben-

büchern in verschiedenen Organisationseinheiten angesiedelt. Die Daten werden über automatisierte Schnittstellen ins Hauptbuch übertragen. Für die Hauptbuchhaltung, die Festlegung von Kontierungsregeln, die Buchungssystematik, die Buchungsprogrammsteuerung und die Administration des Finanzbuchhaltungssystems ist der Bereich Finanzen zuständig.

Die Rentenbank setzt in der Finanzbuchhaltung eigenentwickelte Finanzsoftware ein. Die Vergabe kompetenzadäquater Berechtigungen schützt den Rechnungslegungsprozess vor unbefugten Zugriffen. Durch Plausibilitätsprüfungen sollen Fehler vermieden werden. Außerdem sollen das Vier-Augen-Prinzip, standardisierte Abstimmungsroutinen sowie Soll-Ist-Vergleiche im Finanzsystem sicherstellen, dass Fehler entdeckt und korrigiert werden. Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz, dem Ausweis und der Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der Internen Revision sowie durch Wirtschaftsprüfer überwacht.

Im Rahmen des Management-Information-Systems erfolgt eine zeitnahe, verlässliche und relevante Berichterstattung an das Management. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung werden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig vom Vorstand unterrichtet. Außerdem erfolgt eine zeitnahe Information bei besonderen Ereignissen.

## Risikobericht

### Allgemeine Grundlagen

Als Förderbank für die Agrarwirtschaft und des ländlichen Raums stellt die Rentenbank Mittel für eine Vielzahl von Investitionen bereit. Das Angebot richtet sich an Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, des Wein- und Gartenbaus sowie der Aquakultur/Fischwirtschaft. Finanziert werden ebenfalls Vorhaben der Ernährungswirtschaft, sonstiger vor- und nachgelagerter Unternehmen sowie Investitionen von Gemeinden für den ländlichen Raum.

Das Unternehmensziel der Bank, abgeleitet aus dem gesetzlichen Förderauftrag, ist die nachhaltige Förderung der Landwirtschaft sowie des ländlichen Raumes. Die Geschäftstätigkeit der Bank ist auf dieses Ziel ausgerichtet. Dabei ist dafür Sorge zu tragen, dass die Bank auch in Zukunft jederzeit in der Lage ist, ihren Förderauftrag zu erfüllen.

Die Bank achtet bei ihren Geschäften auf eine hinreichende, risikoadäquate Marge, um der Rentenbank die Erzielung eines angemessenen Gewinns zu ermöglichen. Dies soll erforderliche Eigenmittelerhöhungen aus eigenen Erträgen und damit den Förderauftrag sicherstellen. Die Risikostruktur der Bank wird wesentlich von den durch Gesetz und Satzung vorgegebenen Rahmenbedingungen geprägt.

Mit der Umsetzung der Anforderungen der 3. MaRisk-Novelle (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) hat die Bank Ende 2010 begonnen. Insbesondere erfolgt die Weiterentwicklung der Stresstests, wie die Berücksichtigung von Risikokonzentrationen und Diversifikationseffekten innerhalb und zwischen den Risikoarten, die Darstellung eines schweren konjunkturellen Abschwungs und die Durchführung von "inversen" Stresstests.

### Organisation des Risikomanagementprozesses

#### *Risikomanagement*

Die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement trägt der Vorstand der Bank. Er bestimmt die nachhaltige Gesamtbankrisikostategie unter Berücksichtigung der Vorschläge der bereichsübergreifenden ersten Führungsebene. Risikomanagementfunktionen werden vorwiegend von den Bereichen Treasury, Fördergeschäft, Banken und Sicherheiten & Beteili-

gungen wahrgenommen. Ein Risikohandbuch gibt einen umfassenden Überblick über alle Geschäftsrisiken basierend auf den Risikosteuerungs- und -controllingprozessen.

Die Aufnahme von Geschäften in neuen Produkten, Geschäftsarten, Vertriebswegen oder auf neuen Märkten erfordert die Durchführung eines „Neue-Produkte-Prozesses“ (NPP). Im Rahmen des NPP analysieren die involvierten Organisationseinheiten den Risikogehalt, die Prozesse und die wesentlichen Konsequenzen für das Management der Risiken.

### *Risikocontrolling*

Das Risikocontrolling ist organisatorisch in den Bereich Finanzen eingebunden. Es umfasst die regelmäßige Überwachung der vom Vorstand gesetzten Limite sowie eine auf den Risikogehalt und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen abgestimmte Berichterstattung der Marktpreisrisiken, der operationellen Risiken, der Liquiditätsrisiken und der Risikotragfähigkeit. Der Bereich Banken überwacht das Adressenausfallrisiko. Der Vorstand und der Bilanz- bzw. Kreditausschuss des Verwaltungsrats werden mindestens quartalsweise über die gesamte Risikolage informiert. Unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen werden vom Vorstand unverzüglich dem Verwaltungsrat weitergeleitet.

Die Instrumentarien zur Risikosteuerung und -überwachung werden ständig überprüft und weiterentwickelt.

### *Interne Revision*

Die Interne Revision ist dem Vorstand unmittelbar unterstellt. Sie nimmt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr. Der Vorstand besitzt ein Direktionsrecht zur Anordnung zusätzlicher Prüfungen.

Auf der Grundlage einer risikoorientierten Prüfungsplanung prüft und beurteilt die Interne Revision risikoorientiert und prozessunabhängig grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der Bank, einschließlich des Risikomanagements und des internen Kontrollsystems.

### *Risikotragfähigkeit*

Alle wesentlichen Risiken der Bank werden identifiziert und auf Konzentrationsrisiken hin untersucht. Wesentlicher Bestandteil des Risikomanagement-Systems ist die Einrichtung und Überwachung der an der Risikotragfähigkeit ausgerichteten Limite. Das Risikotragfähigkeitskonzept stellt sicher, dass das Risikodeckungspotenzial ausreicht, um alle wesentlichen Risiken abzudecken. Dazu wird die Summe der Anrechnungsbeträge aus den Adressenausfall-, Marktpreis- und operationellen Risiken der Bank einem Anteil der Risikodeckungsmasse in Abhängigkeit von unterschiedlichen Risikoszenarien gegenübergestellt. Liquiditätsrisiken werden gemäß dem Risikotragfähigkeitskonzept mit Null angerechnet, da die Rentenbank jederzeit weitere benötigte liquide Mittel am Interbankengeldmarkt sowie bei der Bundesbank bzw. bei der Eurex Clearing AG beschaffen kann.

Für weitere Aussagen zur Risikotragfähigkeit wird auf den Konzernlagebericht verwiesen.

Die Allokation der Risikodeckungsmasse auf die Risikoarten Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelle Risiken ist auch Grundlage für die Vergabe der Globallimite für das Adressenausfallrisiko und das Marktpreisrisiko. Die Limite wurden jederzeit eingehalten. Die Ergebnisse aus den Berechnungen zur Risikotragfähigkeit reflektieren die auf Nachhaltigkeit und Stabilität angelegte Risikostrategie.

## Adressenausfallrisiken

### *Definition*

Die Vergabe von Krediten und damit die Einschätzung und Übernahme von Adressenausfallrisiken ist ein wesentliches Element der Geschäftstätigkeit.

Das Adressenausfallrisiko ist der potenzielle Verlust aufgrund von Ausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern. Das Adressenausfallrisiko umfasst das Kreditausfallrisiko, das wiederum das Kontrahenten-, das Emittenten-, das Länder- und das Strukturrisiko beinhaltet, sowie das Settlement- und Wiedereindeckungsrisiko.

Das Ländertransferrisiko beschreibt die Gefahr, dass ein ausländischer Schuldner trotz eigener Zahlungsfähigkeit aufgrund von wirtschaftlichen oder politischen Risiken, seine Zins- und Tilgungsleistungen nicht fristgerecht erbringen kann. Strukturrisiken (Klumpenrisiken) sind Risiken, die durch Konzentration des Kreditgeschäfts auf Regionen, Branchen oder Adressen entstehen.

Das Fördergeschäft ist durch Gesetz und Satzung der Bank weitgehend vorgegeben. Danach werden zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes derzeit grundsätzlich nur Kredite an Banken mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland oder einem anderen Land in der Europäischen Union vergeben, die Geschäftsaktivitäten mit landwirtschaftlichen Unternehmen sowie vor- und nachgelagerten Bereichen oder im ländlichen Raum aufweisen. Die Programmkredite sind auf Deutschland als Investitionsstandort beschränkt. Somit ist das Kreditgeschäft der Rentenbank weitestgehend auf die Refinanzierung von Banken sowie sonstiges Interbankengeschäft begrenzt. Dieses wird über allgemeine Refinanzierungs-, Global- und Einzelrefinanzierungsdarlehen durchgeführt. Das auf den Endkreditnehmer bezogene Ausfallrisiko liegt in diesem Fall bei der Hausbank. Endkreditnehmerrisiken geht die Rentenbank lediglich im Direktkreditgeschäft (Konsortialgeschäft mit Unternehmen) sowie im Rahmen des Risikokapitalfonds Agrarwirtschaft ein. Neuabschlüsse werden derzeit im Konsortialgeschäft mit Unternehmen nicht getätigt. Der Katalog der Fördermaßnahmen umfasst auch die Möglichkeit, geeigneten Unternehmen der Agrarwirtschaft Eigenmittel zur Verfügung zu stellen. Hierzu hat die Bank einen Risikokapitalfonds in einer Höhe von 100 Mio. € aufgelegt, um etablierte Unternehmen in Form von Minderheitsbeteiligungen zu begleiten. Zur Diversifikation der Kreditrisiken hat die Bank das Kreditgeschäft mit deutschen Bundesländern und einzelnen EU-Staaten intensiviert.

Für Neuabschlüsse von Förderkrediten sind je nach Geschäftsart die Bereiche Fördergeschäft, Banken oder Treasury verantwortlich. Der Bereich Treasury ist für Neuabschlüsse von verbrieftem Fördergeschäft sowie des Geldgeschäfts und der Derivate verantwortlich. Derivate werden ausschließlich als Absicherungsinstrumente für bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken und nur mit Geschäftspartnern im EU- und OECD-Raum durchgeführt. Die Bank tätigt keine Geschäftsabschlüsse mit Credit Default Swaps (CDS). Beim Neugeschäft werden grundsätzlich nur Geschäftspartner berücksichtigt, mit denen eine Besicherungsvereinbarung besteht.

### *Organisation der adressenausfallbehafteten Geschäfte*

Der Vorstand der Bank bestimmt jährlich die Kreditrisikostrategie und legt diese dem vom Verwaltungsrat gebildeten Kreditausschuss vor.

Risikoüberwachung und Risikosteuerung der Adressenausfallrisiken erfolgen nach einheitlichen Grundsätzen und unabhängig davon, aus welcher Geschäftsart diese resultieren. Die zugehörigen Aufgaben werden vom Vorstand und dem Bereich Banken wahrgenommen. Der Bereich Banken ist für die Gestaltung und Umsetzung einer einheitlichen Kreditrisikostrategie und für die Steuerung der Adressenausfallrisiken der Bank zuständig. Darüber hinaus werden u. a. Kreditrisiken analysiert, interne Bonitätsklassen ermittelt, Beschlussvorlagen für Kreditentscheidungen vorgelegt, das Marktfolgevotum erstellt und das Kreditrisiko kontrol-

liert. Der Bereich Treasury ist als Marktbereich in die Prozesskette des Kreditgeschäfts eingebunden.

Gemäß den MaRisk müssen bestimmte Aufgaben außerhalb des Marktbereichs wahrgenommen werden. Eine Vielzahl dieser als Marktfolge-Funktionen bezeichneten Aufgaben wird von den Bereichen Fördergeschäft, Banken und Sicherheiten & Beteiligungen übernommen. Die Bereiche geben das marktunabhängige Zweitvotum für Kreditentscheidungen ab, überprüfen bestimmte Sicherheiten im Sinne der MaRisk und haben die Zuständigkeit sowohl für die Intensivbetreuung als auch für die Behandlung von Problemerkrediten. Alle erforderlichen Maßnahmen werden in Abstimmung mit dem Vorstand getroffen. Der Bereich Banken überwacht Adressenausfallrisiken auf der Ebene des Gesamtkreditportfolios sowie der einzelnen Kreditnehmer und ist für die Risikoberichterstattung der Adressenausfallrisiken verantwortlich. Die methodische Entwicklung, Qualitätssicherung und Überwachung der Verfahren zur Identifizierung und Quantifizierung des Adressenausfallrisikos fallen ebenfalls in sein Zuständigkeitsbereich. Durch die funktionale und organisatorische Trennung des Risikocontrollings und der Bereiche Banken und Sicherheiten & Beteiligungen von den Bereichen Treasury und Fördergeschäft wird eine unabhängige Risikobeurteilung und -überwachung gewährleistet. Die Risikosteuerung und Risikoüberwachung der Adressenausfallrisiken erfolgen sowohl einzelgeschäftszugewandt auf Kreditnehmerebene als auch auf Ebene der Kreditnehmereinheit und des Gesamtkreditportfolios. Die Gesamtkreditportfoliosteuerung bzw. -überwachung erfolgt durch die Unterteilung des Kreditportfolios nach verschiedenen Merkmalen, wobei in mehreren Produktgruppen Geschäfte mit vergleichbaren Strukturen zusammengefasst werden.

### *Bonitätsbeurteilung*

Die aus der bankinternen Bonitätseinstufung und unter Berücksichtigung von externen Ratings ermittelte Bonitätsklasse ist ein maßgebliches Steuerungsinstrument für die Adressenausfallrisiken, die über das Limitsystem abgebildet werden.

Die interne Bonitätseinstufung erfolgt im Marktfolgebereich Banken. Dabei werden einzelne Geschäftspartner oder Geschäftsarten nach einem intern festgelegten Verfahren in 20 Bonitätsklassen eingestuft. Die besten 10 Bonitätsklassen AAA bis BBB- sind Geschäftspartnern mit geringen Risiken vorbehalten („Investment Grade“). Darüber hinaus sind die 7 Bonitätsklassen BB+ bis C für latente Risiken und die 3 Bonitätsklassen DDD bis D für Problemerkredite und ausgefallene Geschäftspartner eingerichtet.

Die Bonitätsklasseneinstufung erfolgt mindestens einmal jährlich im Rahmen der Überprüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf der Grundlage von Jahresabschlüssen bzw. Geschäftsberichten. Hierbei werden auch betriebswirtschaftliche Kennzahlen, sogenannte weiche Faktoren, der Gesellschafterhintergrund sowie weitere Unterstützungsfaktoren wie die Zugehörigkeit zu einer Sicherungseinrichtung oder staatliche Haftungsmechanismen berücksichtigt. Sofern vorhanden werden zusätzlich die Einstufungen von Rating-Agenturen zur Bonitätsbeurteilung herangezogen. Spezielle Geschäftsarten wie die Hereinnahme von Pfandbriefen werden geschäftsspezifisch in eine Bonitätsklasse eingestuft. Zusätzlich werden die Länderrisiken als ein für die Bank relevantes Strukturrisiko gesondert beurteilt. Darüber hinaus können aktuelle Informationen über negative Finanzdaten oder eine Abschwächung der wirtschaftlichen Perspektiven eines Geschäftspartners eine Überprüfung und ggf. eine Anpassung der Bonitätsklasseneinstufung anhand von Frühwarnindikatoren sowie eine Limitanpassung zur Folge haben. Das interne Risikoklassifizierungsverfahren wird fortlaufend weiterentwickelt und jährlich überprüft.

Die Folgen der internationalen Finanzkrise spiegeln sich auch in der wirtschaftlichen Entwicklung der Geschäftspartner der Rentenbank wider. Einzelne Kontrahenten sind als Engagements mit latenten Risiken eingestuft. Trotz Bonitätsherabstufungen einiger Geschäftspartner ist die durchschnittliche Bonität unseres Gesamtkreditportfolios auch aufgrund eines qualitativ hochwertigen Neugeschäfts weiterhin gut. Das Engagement der Rentenbank in den sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien) steht unter besonderer Beobachtung. Wertberichtigungen auf einzelne Engagements in diesen Staaten

mussten nicht gebildet werden. Die Bank ist mit 0,8 % der Bilanzsumme unmittelbar in den Staaten Portugal, Italien und Spanien investiert. Davon sind ein Neuntel bis 2013 fällig. Die Bank hält von Banken Anleihen und Schuldscheindarlehen aus den PIIGS-Staaten in Höhe von 10,9 % der Bilanzsumme, schwerpunktmäßig aus Portugal, Italien und Spanien. Davon sind zwei Drittel bis 2013 fällig.

### *Quantifizierung der Adressenausfallrisiken*

Im Mittelpunkt der Steuerung zur Sicherung einer guten Bonität des Gesamtkreditportfolios stehen Kreditrisikostrategie und Risikotragfähigkeitskonzept.

Das interne Bonitätsklassen-System bildet die Basis für die Messung von Kreditausfallrisiken mit Hilfe statistischer Verfahren. Zur Ermittlung des potenziellen Ausfalls werden die von Rating-Agenturen veröffentlichten historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten verwendet. Auf historische interne Ausfallwahrscheinlichkeiten kann in der Bank aufgrund vernachlässigbar geringer Ausfälle in den letzten Jahrzehnten nicht zurückgegriffen werden. Die Berechnungen erfolgen jeweils zum Monatsultimo. Zur Abschätzung der Adressenausfallrisiken wird ein Standardszenario (jährlicher, potenzieller Ausfall bezogen auf Inanspruchnahmen) um Stressszenarien ergänzt (jährlicher, potenzieller Ausfall bezogen auf intern eingeräumte Limite unter Annahme von Bonitätsverschlechterungen sowie erhöhten Ausfallwahrscheinlichkeiten). In einem weiteren Stressszenario wird der höchste potenzielle Ausfall, der sich aus den Stressszenarien ergibt, mit einem Konzentrationsmaß multipliziert. Entsprechend dem im Risikohandbuch festgelegten Risikotragfähigkeitskonzept wird den Adressenausfallrisiken ein bestimmter Anteil der Risikodeckungsmasse zugewiesen. Die tägliche Überwachung der intern eingeräumten Limite stellt sicher, dass dieser Wert im Geschäftsjahr jederzeit eingehalten wurde.

### *Limitierung und Reporting*

Die Risikoübernahme und -limitierung ist das Kernelement des Risikomanagements von Adressenausfallrisiken. Die Risikolimitierung stellt sicher, dass die tatsächlich eingegangenen Risiken mit der im Risikohandbuch festgelegten Risikostrategie und der Risikotragfähigkeit der Bank vereinbar sind. Dabei erfolgt die Limitierung sowohl auf der Ebene von Kreditnehmern und Kreditnehmereinheiten als auch auf der Ebene des Gesamtkreditportfolios. Grundlage der Limitierung ist die Kreditrisikostrategie, aus der sich strategiekonsistente Unterlimite ableiten.

Ausgehend von dem für Adressenausfallrisiken zur Verfügung gestellten Anteil der Risikodeckungsmasse wird mit Hilfe eines statistischen Modells eine Gesamtobergrenze für alle Adressenlimite festgelegt. Daneben sind Länderkreditlimite und Ländertransferlimite, eine Blankoübergrenze, eine Höchstgrenze für das Kreditgeschäft mit Unternehmen sowie eine Gesamtobergrenze für das verbrieftete Fördergeschäft (Produktlimit) eingerichtet.

Ein Limitsystem regelt die Höhe und Struktur aller Adressenausfallrisiken. Für alle Kreditnehmer, Emittenten bzw. Kontrahenten sind Limite erfasst, die produkt- und laufzeitspezifisch untergliedert sind. Das interne Risikoklassifizierungsverfahren stellt die zentrale Entscheidungsgrundlage für die Limitfestsetzung dar. Die für einen Geschäftspartner insgesamt vergebenen Limite werden in Abhängigkeit von dessen aktuellen wirtschaftlichen Verhältnissen und der daraus resultierenden Bonität aus mehreren internen Rasterobergrenzen errechnet. Daneben ist eine Gesamtobergrenze je Kreditnehmereinheit eingerichtet, deren Auslastung in Abhängigkeit von den einzelnen Geschäftsarten ermittelt wird. Zusätzlich ist für einzelne Geschäfts- bzw. Limitarten eine bestimmte Mindestbonität erforderlich.

Die Überwachung sämtlicher Limite erfolgt täglich durch die Marktfolge. Dabei wird die Ausnutzung der Limite bei Geld- und Förderkreditgeschäften anhand der jeweiligen Buchwerte ermittelt. Bei verbrieften Fördergeschäften setzt sich die Limitausnutzung aus den aktuellen Kurswerten und im Falle von Derivaten aus den positiven Marktwerten, ggf. unter Berücksichtigung erhaltener Sicherheiten, zusammen. Limitreserven werden als Puffer für Markt-

preisschwankungen vorgehalten. Dem zuständigen Vorstand werden täglich die risikorelevanten Limite sowie deren Ausnutzung gemeldet. Limitüberschreitungen werden dem Vorstand unmittelbar angezeigt.

Die Bank hat mit nahezu allen Kontrahenten, mit denen derivative Geschäfte getätigt werden, Besicherungsvereinbarungen abgeschlossen, so dass der über die vertraglich definierten, bonitätsabhängigen Frei- und Mindesttransferbeträge hinausgehende positive Marktwert aus dem Derivategeschäft durch Bareinlagen in Euro zu besichern ist. Andererseits verpflichtet sich die Bank bei negativen Marktwerten Bareinlagen in Euro bereitzustellen, sofern diese über dem entsprechenden Frei- und Mindesttransferbetrag liegen. Die Besicherungsvereinbarungen reduzieren die Limitauslastungen, die Eigenkapitalunterlegung der Adressenausfallrisiken und die Auslastung der Großkreditgrenzen.

Jeweils zum Quartalsende wird für den Vorstand sowie für den Kreditausschuss des Verwaltungsrats nach den Vorgaben der MaRisk ein Kreditrisikobericht vom Bereich Banken (Marktfolge) erstellt. Dieser Bericht enthält u. a. quantitative und qualitative Informationen über die Entwicklung des Gesamtkreditportfolios, welches nach Strukturmerkmalen wie Bonitätsklassen, Sicherheiten, Größenklassen und Restlaufzeiten beobachtet wird. Daneben wird über den Umfang der intern eingeräumten Limite, die Entwicklung des Neugeschäfts, das Geschäft mit Unternehmen, Beteiligungen, die Entwicklung des potenziellen Ausfalls aus Adressrisiken, neue Produkte, neue Märkte, neue Vertriebswege, neue Länder sowie Großkreditengagements berichtet. Weitere Informationen sind Vorjahresvergleiche, Veränderungen und deren Kommentierung sowie die Entwicklungen von Kontrahenten, welche unter besonderer Beobachtung stehen oder latente Risiken aufweisen.

Entsprechend dem im Risikohandbuch festgelegten Risikotragfähigkeitskonzept wurden zum Stichtag 260 Mio. € (130 Mio. €) der Risikodeckungsmasse für das Adressenausfallrisiko zugewiesen. Die tägliche Überwachung der intern eingeräumten Limite stellte sicher, dass dieser Wert im Geschäftsjahr jederzeit eingehalten wurde.

## Marktpreisrisiken

### *Definition*

Marktpreisrisiken bestehen in Form von Zinsänderungs-, Spread-, Fremdwährungs- und anderen Preisrisiken. Berücksichtigt wird der potenzielle Verlust auf Positionen im eigenen Bestand in Folge sich ändernder Marktpreise.

### *Organisation der marktpreisrisikobehafteten Geschäfte*

Die Rentenbank führt kein Handelsbuch im Sinne von § 2 Abs. 11 KWG. Offene Positionen aus Anlagebuchgeschäften werden nur in eingeschränktem Umfang eingegangen.

Aufgabe des Risikomanagements ist die Bestimmung, qualitative Bewertung und Steuerung der Marktpreisrisiken. Das Risikocontrolling quantifiziert die Marktpreisrisiken, überwacht die Limite und erstellt das Reporting. Die Abteilung Operations kontrolliert die Marktgerechtigkeit.

### *Quantifizierung der Marktpreisrisiken*

#### Zinsänderungsrisiken

Die Bank begrenzt das Zinsänderungsrisiko durch fristenkongruente Refinanzierung von bilanziellen Aktiva durch bilanzielle Passiva sowie die Absicherung durch derivative Geschäfte. Derivate werden auf Basis von Mikro- oder Makro-Beziehungen abgeschlossen.

Fristentransformationsergebnisse werden zum einen bei Geldgeschäften realisiert und zum anderen in geringem Umfang im Förderkreditgeschäft und im verbrieften Fördergeschäft.

Zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene ermittelt die Bank täglich für alle zinssensitiven Geschäfte der Segmente „Fördergeschäft“ und „Treasury Management“ Barwertsensitivitäten und misst zusätzlich quartalsweise mit einem barwertorientierten Modell die Zinsänderungsrisiken für alle zinssensitiven Positionen der Bank. Eine quartalsweise durchgeführte Analyse untersucht die Auswirkungen von Zinsänderungen stichtagsbezogen. Durch Schließung aller offenen Festzinspositionen der Zinsbindungsbilanz werden kalkulatorisch die Zinsergebnisse aller künftigen Perioden ermittelt. Abschließend werden hierbei die für unterschiedliche Zinsänderungsszenarien ermittelten Risikowerte in Relation zu den regulatorischen Eigenmitteln nach § 10 KWG gesetzt.

Das Zinsänderungsrisiko aus offenen Positionen darf die durch Vorstandsbeschluss festgelegten Risikolimits nicht überschreiten. Die Einhaltung der Limits wird täglich überwacht und an den Vorstand berichtet, wobei die Auslastung der Risikolimits barwertorientiert auf Basis einer Sensitivität von 100 Basispunkten gemessen wird.

Zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken für eine positive Aktiv-/Passiv-Marge des Anlagebuchs werden alle zugeordneten Geschäfte zu jedem Monatsultimo zum zinsinduzierten beizulegenden Zeitwert bewertet. Ein aus der Bewertung resultierender negativer Betrag wäre als Drohverlustrückstellung zu buchen.

Zu nachrichtlichen Zwecken wird täglich für das „Geldgeschäft“ ein VaR (Value at Risk) ermittelt und berichtet. Prognostiziert wird der maximale, tägliche, potenzielle Bewertungsverlust aufgrund von Markteffekten bei einer Prognosegüte von 99 %. Die verwendeten Szenarien werden aus der Historie abgeleitet. Die Einflussfaktoren bei der Bewertung des Portfolios konzentrieren sich auf die Zinskurven für Interbankenkredite (EURIBOR) und Derivate (EONIA).

#### Spreadrisiken

Veränderungen von Marktparametern in Form von Spreadaufschlägen auf die Swapkurve wirken sich unmittelbar auf die Bewertung bestehender Positionen aus und beeinflussen die Risikodeckungsmasse. Mittels Szenariobetrachtungen werden mögliche Auswirkungen der Spreadrisiken auf das Ergebnis simuliert und in der Risikotragfähigkeitsanalyse mit Risikodeckungsmasse unterlegt. Das Spreadrisiko würde erst bei Durchbrechung der Buy and Hold-Strategie realisiert werden, sofern es zu keinen Kontrahentenausfällen kommt.

#### Fremdwährungsrisiken

Fremdwährungsrisiken und andere Preisrisiken werden grundsätzlich durch Sicherungsgeschäfte ausgeschlossen. Offene Währungspositionen entstehen durch Abrechnungsspitzen in sehr geringem Umfang. In keiner Währung ist ein materielles Risiko gegeben.

#### *Limitierung und Reporting*

Die für das Marktpreisrisiko allokierte Risikodeckungsmasse entspricht dem Risikolimit von 61 Mio. € (61 Mio. €).

Das Zinsänderungsrisiko aus offenen Positionen darf die durch Vorstandsbeschluss festgelegten Risikolimits nicht überschreiten. Die Einhaltung der Limits wird täglich überwacht und an den Vorstand berichtet. Sensitivitäts-, Szenario- und VaR-Analysen sowie Backtesting-Verfahren sind Bestandteil des Risikomanagements und Risikocontrollings. Der Verwaltungsrat wird über die Ergebnisse der Risikoanalysen quartalsweise informiert.

## *Backtesting*

Die Verfahren zur Beurteilung der Marktpreisrisiken werden mindestens jährlich validiert. Unter Verwendung historischer Zinsentwicklungen werden die Szenarioparameter im „Geldgeschäft“ und „Fördergeschäft“ täglich überprüft. Änderungen der kurzfristigen Zinskurven für Interbankenkredite (EURIBOR) und Derivate (EONIA) sowie langfristige Swapsätze innerhalb von 10, 20 und 30 Tagen werden risikobezogenen Schwellenwerten gegenübergestellt.

Zur Überprüfung der Güte des VaR-Modells wird täglich ein Backtesting durchgeführt. Im Backtesting werden die potenziellen Bewertungsgewinne und -verluste, verursacht durch tatsächliche Markteffekte, dem VaR gegenübergestellt.

Die Ergebnisse der täglichen Szenarioanalysen zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene werden quartalsweise mit einem barwertorientierten Modell validiert.

## Liquiditätsrisiken

### *Definition*

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht uneingeschränkt nachkommen zu können bzw. die hierfür erforderlichen Mittel nicht zu den erwarteten Konditionen beschaffen zu können.

### *Steuerung und Überwachung*

Die Liquiditätsrisiken der Bank werden durch ein vom Vorstand vorgegebenes Limit für Liquiditätssalden begrenzt. Der Bereich Finanzen überwacht die Liquiditätsrisiken täglich und bringt dem Vorstand und den zuständigen Fachabteilungen die Ergebnisse zur Kenntnis. Analog den Anforderungen der dritten MaRisk-Novelle werden zur Überbrückung des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs von mindestens einer Woche und zur Deckung des zusätzlich erforderlichen Refinanzierungsbedarfs aus Stressszenarien ausreichend bemessene, nachhaltige, hochliquide Liquiditätsreserven vorgehalten. Zur Eingrenzung der kurzfristigen Liquiditätsrisiken darf der Liquiditätsbedarf für einen Zeitraum bis zu zwei Jahren die jeweiligen frei verfügbaren Refinanzierungsfazilitäten nicht überschreiten. Zur Überwachung der mittel- und langfristigen Liquidität werden die planmäßigen Fälligkeiten für die jeweils folgenden 15 Jahre quartalsweise dargestellt. Ein langfristiges Liquiditätslimit ist über alle Laufzeitenbereiche eingerichtet. Die kumulierten Zahlungsströme dürfen das Limit nicht überschreiten.

Das Liquiditätsrisiko bei nicht fristgerecht eingehenden Tilgungs- und Zinszahlungen ist bei funktionierenden Märkten angesichts der Triple-A-Ratings der Bank und der kurzfristig zur Verfügung stehenden Refinanzierungsmöglichkeiten im Geld- und Kapitalmarkt beherrschbar. Bei Marktstörungen kann Liquidität in Höhe der frei verfügbaren Refinanzierungsfazilitäten beschafft werden. Diese müssen stets über dem Liquiditätsbedarf bis zu zwei Jahren liegen.

Stressszenarien sollen den Einfluss von unerwarteten, außergewöhnlichen Ereignissen auf die Liquiditätsposition untersuchen. Die wesentlichen Liquiditätsszenarien sind Bestandteil des internen Steuerungsmodells und werden monatlich berechnet und überwacht. Die Szenarioanalysen berücksichtigen einen Kursverfall für Wertpapiere der Liquiditätsreserve, ein gleichzeitiges Abrufen aller unwiderruflichen Kreditzusagen, den Ausfall bedeutender Kreditnehmer und den Abruf der Barsicherheiten aus Besicherungsvereinbarungen aufgrund eines Anstiegs der negativen bzw. Rückgangs der positiven Marktwerte von Derivateportfolien. Mit dem Szenario-Mix wird das gleichzeitige (kombinierte) Eintreten von institutsspezifischen und marktbedingten Stressszenarien simuliert.

Die Angemessenheit der Stresstests sowie die zugrundeliegenden Annahmen und Verfahren zur Beurteilung der Liquiditätsrisiken werden mindestens jährlich überprüft.

Nach aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Liquiditätsverordnung) werden täglich die gewichteten Zahlungsmittel den gewichteten Zahlungsverpflichtungen des gleichen Zahlungszeitraums gegenübergestellt. Ferner werden die hieraus ermittelten Kennziffern auf die melde-relevanten Stichtage hochgerechnet. Im Berichtsjahr 2010 lag die monatlich gemeldete Li- quiditätskennziffer für den Zeitraum bis 30 Tage zwischen 2,16 und 3,30 (1,90 und 4,99) und somit deutlich über dem aufsichtsrechtlich geforderten Wert von 1,0.

Der Vorstand wird mit der kurzfristigen Liquiditätsvorschau täglich und mit dem Liquiditätsri- sikobericht monatlich über die kurz- und langfristige Liquidität sowie über die Szenarioanaly- sen unterrichtet. Der Verwaltungsrat wird über die Ergebnisse der Risikoanalysen quartals- weise informiert.

Die Liquiditätsrisiken werden bei der Berechnung der Risikotragfähigkeit mit Null Euro ange- rechnet, weil die Bank über ausreichende liquide Mittel verfügt und sich im übrigen aufgrund der Triple-A-Ratings jederzeit weitere liquide Mittel am Interbankengeldmarkt bzw. bei Marktstörungen im Rahmen der hinterlegten Sicherheiten bei der Eurex Clearing AG (besi- chertes Geldgeschäft) und bei der Deutschen Bundesbank (Pfandkredite) beschaffen kann.

## Operationelle Risiken

### *Definition*

Operationelle Risiken sind Risiken aus nicht funktionierenden oder fehlerhaften Systemen, Prozessen, aus Fehlverhalten von Menschen oder aus externen Ereignissen. Zu den opera- tionellen Risiken zählen insbesondere Rechtsrisiken, Risiken aus betrügerischen Handlungen und Wirtschaftskriminalität (Fraud), Risiken aus Auslagerungen, Betriebsrisiken und Ereig- nis- bzw. Umweltrisiken, sie beinhalten jedoch nicht strategische Risiken, Geschäftsrisiken und Reputationsrisiken.

### *Organisationsstruktur operationeller Risiken*

Die operationellen Risiken der Rentenbank werden durch ein Bündel von Maßnahmen ge- steuert, welche an der Ursache, der Kontrolle oder der Schadensabsicherung ansetzen. Dazu zählen organisatorische Vorkehrungen (Trennung von Handel und Abwicklung bzw. Markt und Marktfolge, striktes Vier-Augen-Prinzip), detaillierte Arbeitsanweisungen und qualifizier- tes Personal.

Rechtsrisiken aus Geschäftsabschlüssen reduziert die Bank, indem soweit wie möglich stan- dardisierte Verträge genutzt werden. Die Rechtsabteilung wird frühzeitig in Entscheidungen einbezogen, die verpflichtende oder begünstigende Rechtswirkung für die Bank haben könn- ten sowie bei Abweichungen von Vertragsstandards.

Auf Basis einer Gefährdungsanalyse entsprechend § 25c KWG werden Risiken aus betrügeri- schen Handlungen zu Lasten der Rentenbank und durch Wirtschaftskriminalität in der Ren- tenbank identifiziert und Maßnahmen zur Optimierung der Anti-Fraud-Organisation abgelei- tet. Innerhalb Fraud-relevanter Themengebiete wird die Einhaltung genereller und instituts- spezifischer Anforderungen an eine wirksame Anti-Fraud-Organisation analysiert.

Die Risiken aus Auslagerungen sind grundsätzlich unter den operationellen Risiken erfasst und werden in der Risikotragfähigkeitsanalyse unter dieser Risikoart berücksichtigt. Auf Grundlage einer standardisierten Risikoanalyse wird zwischen wesentlichen und unwesentli- chen Auslagerungen unterschieden. Wesentliche Auslagerungen werden durch Einrichtung eines dezentralen Outsourcing-Controllings explizit in die Risikosteuerung und Überwachung einbezogen.

Ein Notfall-Handbuch beschreibt die Vorgehensweise zur Katastrophenvorsorge bzw. im Katastrophenfall. Weitere Notfallpläne regeln den Umgang mit eventuell auftretenden Betriebsstörungen. Auslagerungen von zeitkritischen Aktivitäten und Prozessen werden in den Notfallplänen berücksichtigt.

Die Berichterstattung erfolgt quartalsweise an den Vorstand, den Verwaltungsrat und den ersten Führungskreis.

### *Quantifizierung der operationellen Risiken*

Operationelle Risiken werden im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes mit einem an den Basisindikatoransatz angelehnten Verfahren quantifiziert. Die Faktoren, die dem Standard- und Stressszenario zugrunde liegen, wurden aufgrund des Geschäftsumfangs festgelegt. Die für das operationelle Risiko allokierte Risikodeckungsmasse betrug zum Stichtag 30 Mio. € (30 Mio. €).

Alle Schadensereignisse der Bank werden in einer Schadensfalldatenbank strukturiert gesammelt und ausgewertet. Die Erfassung aller laufenden Schäden und Beinahe-Schäden erfolgt dezentral durch die Operational Risk Beauftragten. Das Management operationeller Risiken erfolgt in den einzelnen Geschäftsbereichen, so dass bei diesem dezentralen Ansatz die Maßnahmen zur Vermeidung und Begrenzung der Risiken primär in der Verantwortung der Organisationseinheiten liegen. Die Analyse und Aggregation der Schadensfälle sowie die methodische Weiterentwicklung der eingesetzten Instrumente erfolgt im Risikocontrolling.

Die Bank führt regelmäßig Self Assessments durch. Ziel der Self Assessments ist es, das Wissen zur Erkennung und Beurteilung von Risiken aus den Geschäftseinheiten, in denen sich die Risiken konkretisieren, nutzbar zu machen. Basierend auf einer unternehmensweiten Prozesslandkarte werden wesentliche, potenzielle operationelle Risikoszenarien auch unter Aspekten der Betrugsprävention für alle bedeutenden Geschäftsprozesse mindestens jährlich in einem Workshop identifiziert und anschließend nach Schadenshöhe und Schadenshäufigkeit bewertet. Je nach Risikobewertung werden durch zusätzliche Präventivmaßnahmen operationelle Risiken reduziert.

## Prognosebericht

Die internationalen Wachstumsperspektiven entwickelten sich zu Beginn des Jahres 2011 überwiegend positiv. Viele Konjunkturindikatoren deuten auf eine anhaltende Aufwärtsentwicklung hin. Die Erholung der Weltwirtschaft dürfte sich deshalb auch im laufenden Jahr fortsetzen. Die andauernde Staatsschuldenkrise im Euroraum und die noch nicht überwundene Instabilität des Finanzsektors belasten jedoch die weitere Entwicklung. Hohe Budgetdefizite machen eine Fortsetzung der Konjunkturstabilisierung in vielen Ländern unmöglich. Ein eher dämpfender Einfluss dürfte von der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit ausgehen. Außerdem zeichnet sich in vielen Schwellenländern ein niedrigeres Wirtschaftswachstum ab. Vor diesem Hintergrund dürfte sich die Wachstumsdynamik der Weltwirtschaft im laufenden Jahr abschwächen.

Nach Prognosen deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute wird Deutschland mit einem Wachstum von mehr als 2 % wahrscheinlich eine überdurchschnittliche Konjunkturerholung verzeichnen. Bei weiter sinkender Arbeitslosigkeit stehen dem eher abnehmenden Exportwachstum zunehmende Impulse der Binnennachfrage gegenüber. Für den gesamten Euroraum liegen die Wachstumsprognosen zurzeit bei lediglich rund 1,5 %.

Für das Jahr 2011 zeichnet sich ein Anstieg der durchschnittlichen Inflationsrate im Euroraum ab. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die kritische Grenze für den von der Europäischen Zentralbank (EZB) tolerierten Preisniveauanstieg von 2 % im Jahresdurchschnitt erstmals seit 2008 wieder überschritten werden könnte. Ein zunehmender Preisdruck wird insbesondere von den Energie- und Lebensmittelpreisen erwartet. Zum Anstieg der Verbraucherpreise tragen in vielen EU-Ländern aber auch einzelne Maßnahmen zur Haushaltskonso-

lidierung bei. Hierzu zählen insbesondere höhere Mehrwertsteuersätze und gestiegene administrative Preise.

Bei zunehmenden Inflationsgefahren dürfte die expansive Zinspolitik der EZB langsam auslaufen. Eine erste Leitzinserhöhung erscheint derzeit schon im zweiten Quartal des laufenden Jahres möglich. In einem Umfeld steigender Inflationserwartungen dürften auch die langfristigen Zinsen steigen. Vor dem Hintergrund der noch anhaltenden Schwäche in Teilbereichen des Bankensystems wird die EZB vermutlich aber ihre den Banksektor stabilisierenden Refinanzierungsgeschäfte noch einige Zeit fortsetzen.

Die Rentenbank sieht sich mit ihrem soliden Geschäftsmodell in Verbindung mit den Triple-A-Ratings auch unter diesen Rahmenbedingungen gut für die Erfüllung ihres Förderauftrags gerüstet.

Zur Prognose der zukünftigen Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage werden umfassende Jahres- und Dreijahrespläne erstellt. Sie beinhalten eine Bestands-, Ertrags- und Kostenplanung einschließlich Kostenbudgets sowie Stressszenarien. Dabei geht die Jahresplanung detaillierter auf Einzelheiten ein als die Dreijahresplanung.

Im Rahmen unserer aktuellen Planung wird in der Bank sowohl im Fördergeschäft als auch bei der Refinanzierung der Bank für die Geschäftsjahre 2011 und 2012 ein Neugeschäftsvolumen das leicht unter bzw. auf dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres liegt erwartet. Durch die absehbar hohen Fälligkeiten im Fördergeschäft werden niedrigere Zinserträge prognostiziert. Das Zinsergebnis des Segments „Treasury Management“ wird sich aus heutiger Sicht weiter normalisieren und - wie bereits in 2010 - rückläufig sein.

Die Kostenplanung für die Jahre 2011 und 2012 berücksichtigt die erforderlichen Investitionsmaßnahmen für Datenverarbeitung und Gebäude. Auch die vielfältigen Änderungen im Aufsichts- und Bilanzrecht werden weiterhin dafür sorgen, dass die Verwaltungsaufwendungen in den kommenden Jahren - trotz eines straffen Kostenmanagements - in allen Bereichen steigen werden.

Die Auswirkungen der Basel III-Anforderungen auf die Rentenbank wurden analysiert und in der aktuellen Planung berücksichtigt. Die erforderliche Stärkung der Kapitalbasis wird durch Gewinnthesaurierung sichergestellt. Für die neuen Liquiditätsstandards, insbesondere die neuen Liquiditätskennziffern, die sich derzeit in der Beobachtungsphase befinden, wird der Baseler Ausschuss eine weitere Quantitative Auswirkungsstudie (QIS) durchführen. Die Rentenbank wird - wie auch schon 2010 - an der QIS teilnehmen.

Vor dem Hintergrund einer weiteren Normalisierung der erzielbaren Margen und des Treasury-Ergebnisses wird in der Bank 2011 und 2012 ein leicht rückläufiges Betriebsergebnis erwartet, das allerdings weiterhin über dem Vorkrisenniveau liegen wird.

Für die Gesamtjahre 2011 und 2012 wird in der Bank eine zufriedenstellende Ertragsentwicklung erwartet, die der Bank neben einer angemessenen Vorsorge für alle erkennbaren Risiken auch eine weitere Stärkung der Kapitalausstattung ermöglicht.

Das Fördergeschäft entwickelte sich in den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres weiter dynamisch. Der Vorstand ist zuversichtlich, das Planvolumen 2011 im mittel- und langfristigen Fördergeschäft zu erreichen.

## Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, waren nicht zu verzeichnen.



# Jahresbilanz zum

## AKTIVSEITE

	Mio. €	Mio. €	Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €
<b>1. Barreserve</b>				
a) Kassenbestand		0,1		0,1
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		53,4		102,1
darunter:			53,5	102,2
bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 53,4 (i. Vj. Mio. € 102,1)				
<b>2. Forderungen an Kreditinstitute</b>				
a) täglich fällig		3,3		2,5
b) andere Forderungen		49 532,3		46 408,6
			49 535,6	46 411,1
<b>3. Forderungen an Kunden</b>				
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)				
Kommunalkredite				
Mio. € 1 379,9 (i. Vj. Mio. € 477,4)			1 834,3	978,0
<b>4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	132,1			0,0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 132,1 (i. Vj. Mio. € -,-)				
ab) von anderen Emittenten	0,0	132,1		189,9
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € 189,9)				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	1 528,0			820,8
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 1 416,5 (i. Vj. Mio. € 690,8)				
bb) von anderen Emittenten	24 643,4	26 171,4		26 479,7
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 23 755,7 (i. Vj. Mio. € 25 783,4)				
c) eigene Schuldverschreibungen		635,9		635,9
Nennbetrag Mio. € 694,2 (i. Vj. Mio. € 581,9)			26 939,4	28 126,3
<b>5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>			0,1	0,1
<b>6. Beteiligungen</b>				
darunter: an Kreditinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)				
an Finanzdienstleistungsinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)			4,2	4,2
<b>7. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>				
darunter: an Kreditinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)				
an Finanzdienstleistungsinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)			0,0	0,0
<b>8. Treuhandvermögen</b>				
darunter: Treuhandkredite				
Mio. € 104,8 (i. Vj. Mio. € 106,7)			104,8	106,7
<b>9. Immaterielle Anlagewerte</b>			0,4	0,3
<b>10. Sachanlagen</b>			19,0	19,8
<b>11. Sonstige Vermögensgegenstände</b>			<b>11,5</b>	86,5
<b>12. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		4,1		5,1
b) andere		1,3		1,2
			5,4	6,3
<b>Summe der Aktiva</b>			<b>78 508,2</b>	<b>75 841,5</b>

	Mio. €	Mio. €	Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>				
a) täglich fällig		0,1		0,0
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		3 124,3		4 308,6
			3 124,4	4 308,6
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>				
andere Verbindlichkeiten				
a) täglich fällig		63,1		65,4
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		5 530,1		5 796,2
			5 593,2	5 861,6
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>				
begebene Schuldverschreibungen			62 059,5	61 623,4
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>				
darunter: Treuhandkredite				
Mio. € 104,8 (i. Vj. Mio. € 106,7)			104,8	106,7
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>			4 020,7	283,5
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		1,3		0,7
b) andere		52,1		42,6
			53,4	43,3
<b>7. Rückstellungen</b>				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		84,6		107,1
b) andere Rückstellungen		381,2		370,4
			465,8	477,5
<b>8. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>			780,8	1 067,7
<b>9. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>			1 348,0	1 170,0
<b>10. Eigenkapital</b>				
a) gezeichnetes Kapital		135,0		135,0
b) Gewinnrücklagen				
ba) Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes				
über die Landwirtschaftliche Rentenbank	564,6			
Einstellungen aus der Deckungsrücklage	29,2			
Erstanwendungseffekte BilMoG	22,6			
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss	35,3	651,7		564,6
bb) Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes				
über die Landwirtschaftliche Rentenbank	188,3			
Entnahmen gemäß § 2 (3) Rentenbank-Gesetz	29,2	159,1		188,3
c) Bilanzgewinn		11,8		11,3
			957,6	899,2
<b>Summe der Passiva</b>			<b>78 508,2</b>	<b>75 841,5</b>
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>				
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			3,6	119,1
<b>2. Andere Verpflichtungen</b>				
Unwiderrufliche Kreditzusagen			1 370,8	1 322,2

# Gewinn-und-Verlust-Rechnung für die Zeit

## AUFWENDUNGEN

	Mio. €	Mio. €	Mio. €	2009 Mio. €
<b>1. Zinsaufwendungen</b>			2 425,1	2 663,0
<b>2. Provisionsaufwendungen</b>			2,7	2,3
<b>3. Nettoaufwand des Handelsbestands</b>			0,0	0,0
<b>4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	19,8			18,6
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützungen	3,1			37,3
		22,9		55,9
darunter:				
für Altersversorgung Mio. € 0,8 (i. Vj. Mio. € 35,0)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen		14,7		16,4
			37,6	72,3
<b>5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>			1,8	2,7
<b>6. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			8,4	6,5
<b>7. Aufwendungen für bestimmte Wertpapiere und Forderungen</b>				
a) Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		168,4		191,6
b) Zuführung „Fonds für allgemeine Bankrisiken“		178,0		83,0
			346,4	274,6
<b>8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>			0,0	27,8
<b>9. Außerordentliche Aufwendungen</b>			0,0	0,0
<b>10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>			0,0	0,0
<b>11. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 6 ausgewiesen</b>			0,1	0,1
<b>12. Jahresüberschuss</b>			47,0	45,0
<b>Summe der Aufwendungen</b>			<b>2 869,1</b>	<b>3 094,3</b>
<b>1. Jahresüberschuss</b>			47,0	45,0
<b>2. Entnahmen aus der Gewinnrücklage</b>				
aus der Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank			29,2	121,0
<b>3. Einstellungen in die Gewinnrücklage</b>				
in die Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank				
aus der Deckungsrücklage			29,2	121,0
aus dem Jahresüberschuss			35,2	33,7
<b>4. Bilanzgewinn</b>			11,8	11,3

## vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

### ERTRÄGE

	Mio. €	Mio. €	2009 Mio. €
<b>1. Zinserträge</b> aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	2 061,0		2 204,9
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	773,0		881,3
		2 834,0	3 086,2
<b>2. Laufende Erträge</b> aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0,0		0,0
b) Beteiligungen	0,3		0,2
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	0,0		0,0
		0,3	0,2
<b>3. Provisionserträge</b>		2,7	4,4
<b>4. Nettoertrag des Handelsbestands</b>		0,0	0,0
<b>5. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>		0,0	0,0
<b>6. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>		27,2	0,0
<b>7. Sonstige betriebliche Erträge</b>		4,9	3,5
<b>8. Außerordentliche Erträge</b>		0,0	0,0
<b>Summe der Erträge</b>		<b>2 869,1</b>	<b>3 094,3</b>

# Anhang zum Jahresabschluss der Landwirtschaftlichen Rentenbank zum 31. Dezember 2010

## Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss der Landwirtschaftlichen Rentenbank ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes vom 25.05.2009 (BilMoG) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) vom 11.12.1998 aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn-und-Verlust-Rechnung richtet sich nach den Formblättern der RechKredV.

Die Anwendung der durch das BilMoG geänderten Vorschriften erfolgte erstmals für das Geschäftsjahr 2010. Die mit BilMoG zum Übergangszeitpunkt 01.01.2010 verbundenen Wahlrechte wurden wie folgt ausgeübt:

- Von der Aktivierung von selbstgeschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens nach § 248 Abs. 2 S. 1 HGB wird abgesehen.
- Durch die erstmalige Anwendung der Bestimmungen des BilMoG hat sich bei Pensions-, Jubiläums- sowie bei Rückstellungen für Altersvorsorgeleistungen (Deferred Compensation) zum 01.01.2010 jeweils ein Auflösungsbetrag ergeben. Diese Beträge wurden in Anwendung der Bestimmung in Art. 67 Abs. 1 Satz 3 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) ergebnisneutral in die unter der Hauptrücklage ausgewiesenen anderen Gewinnrücklagen eingestellt.
- Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen werden nach § 253 Abs. 2 S. 2 HGB pauschal mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.
- Gemäß Art. 67 Abs. 8 S. 2 EGHGB wurden die Vorjahreszahlen nicht an die neuen Vorschriften des BilMoG's angepasst.

Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags unter der Berücksichtigung der künftigen Preis- und Kostensteigerungen passiviert. Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgt eine Abzinsung auf den Bilanzstichtag. Als Abzinsungssätze werden die den Restlaufzeiten der Rückstellungen entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssätze der vergangenen sieben Geschäftsjahre verwendet, wie sie von der Deutschen Bundesbank gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung monatlich ermittelt und bekannt gegeben werden.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden erfolgt nach den Vorschriften der §§ 252 ff. und 340e HGB. Aktien, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche

Wertpapiere sind, soweit sie der Liquiditätsreserve zugeordnet wurden, nach dem strengen Niederstwertprinzip (§ 253 Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 5 HGB) bewertet. Die dem Anlagevermögen zugeordneten festverzinslichen Wertpapiere sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten, vermindert um dauerhafte Wertminderungen, bilanziert.

Zero-Bonds sind mit dem Emissionsbetrag zuzüglich anteiliger Zinsen gemäß Emissionsrendite bilanziert. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen, bilanziert. Gegenstände des Sachanlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, sowie immaterielle Vermögenswerte wurden unter Beachtung von handelsrechtlichen Bestimmungen über die ermittelte Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Agien bzw. Disagien werden zeitanteilig abgegrenzt.

Die Bewertung der Pensionsrückstellungen erfolgte nach den anerkannten Grundsätzen der Versicherungsmathematik mittels der sog. ‚Projected-Unit-Credit-Methode‘ (PUC-Methode). Der Rückstellungsbetrag gemäß der PUC-Methode ist definiert als der versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen, der von den Mitarbeitern bis zu diesem Zeitpunkt gemäß Rentenformel und Unverfallbarkeitsregelung aufgrund ihrer in der Vergangenheit abgeleisteten Dienstzeiten erdient worden ist. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die ‚Richttafeln 2005 G mit Teilanpassung 2010 von Klaus Heubeck verwandt. Im Rahmen der Berechnung wurden folgende Parameter zu Grunde gelegt:

- Rechnungszins gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB 5,15 % p.a.
- Karrieretrend 1,00 % p.a.
- Gehaltstrend 2,25 % p.a.
- Rententrend 2,00 % p.a.
- Fluktuation 2,00 % p.a.
- Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenzen 2,25 % p.a.

Die Ermittlung der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen erfolgte im Vorjahr in Anlehnung an die Systematik des International Accounting Standard 19 unter Anwendung eines Rechnungszinssatzes von 3,5%. Bei der Bewertung wurden ebenfalls die Richttafeln von 2005 G mit Teilanpassungen 2009 von Dr. K. Heubeck zu Grunde gelegt.

Rückstellungen für unsere hauseigenen Programmkredite decken die Zinsunterdeckungen für die gesamte Kreditlaufzeit bzw. bis zum Zinsanpassungstermin. Für alle erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde ausreichend Vorsorge getroffen. Entsprechende Pauschalwertberichtigungen wurden aktivisch abgesetzt.

Für das allgemeine Zinsänderungsrisiko ist eine Gesamtbetrachtung aller zinstragenden Aktiva und Passiva des Bankbuchs einschließlich der Derivate vorgenommen worden. Bewertungseinheiten i.S.d. § 254 HGB werden ausschließlich zur Sicherung des Fremdwährungsrisikos gebildet.

Zur Absicherung von Währungsrisiken setzt die Rentenbank Währungsswaps, Zins-Währungsswaps und Devisentermingeschäfte ein. Die Sicherung von Währungsrisiken in der Bilanz erfolgt mittels dispositiven Währungseinheiten gemäß § 254 HGB.

Die Währungsbewertung und bilanzielle Darstellung der Geschäfte ohne Währungssicherung erfolgt i.S.d. § 256a Satz 2 HGB und § 252 Abs.1 Nr. 4 HGB. Nach § 277 Abs. 5 Satz 2 HGB findet der Ausweis der Erträge aus der Währungsumrechnung unter dem Posten „sonstige betriebliche Erträge“ und Aufwendungen aus der Währungsumrechnung im Posten „sonstige betriebliche Aufwendungen“ statt.

Die latenten Steuern gem. § 285 Abs. 27 HGB sind im Einzelabschluss der Rentenbank nicht zu bilden. Die Bank ist von der Körperschaftsteuer gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und von der Gewerbesteuer gemäß § 3 Nr. 2 GewStG befreit.

Die Landwirtschaftliche Rentenbank hat für das Geschäftsjahr 2010 unter Einbeziehung der LR Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main und der DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main einen Konzernabschluss nach IFRS gem. § 315a HGB aufgestellt.

## Angaben zur HGB-Bilanz

Die Angaben und Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzposten haben wir nach der Reihenfolge der Bilanzposten aufgestellt. Die Bilanzposten wurden ohne anteilige Zinsen dargestellt.

<b>Bilanzposten Aktiva</b>	<b>2010 Mio. €</b>	<b>2009 Mio. €</b>
Pos. 2: Forderungen an Kreditinstitute Gliederung der Unterposition b) – andere Forderungen – nach Restlaufzeit:		
• bis drei Monate	<b>8.016</b>	<b>5.052</b>
• mehr als drei Monate bis ein Jahr	<b>5.795</b>	<b>5.314</b>
• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	<b>16.448</b>	<b>16.221</b>
• mehr als fünf Jahre	<b>18.062</b>	<b>18.551</b>
Pos. 3: Forderungen an Kunden In dieser Position sind enthalten:		
• Forderungen an verbundene Unternehmen	<b>155</b>	<b>169</b>
• Forderungen an Beteiligungsunternehmen	<b>-</b>	<b>0</b>
Gliederung dieser Bilanzposition nach Restlaufzeiten:		
• bis drei Monate	<b>11</b>	<b>18</b>
• mehr als drei Monate bis ein Jahr	<b>74</b>	<b>65</b>
• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	<b>1.115</b>	<b>507</b>
• mehr als fünf Jahre	<b>426</b>	<b>174</b>
Pos. 4: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere Von den börsenfähigen Wertpapieren sind:		
• börsennotiert	<b>26.216</b>	<b>27.559</b>
• nicht börsennotiert	<b>423</b>	<b>324</b>

Dem Anlagevermögen sind Wertpapiere mit einem Buchwert von Mio. € 26.448 (Vorjahr: 8.449 Mio. €) zugeordnet. Aufgrund der dauerhaften Halteabsicht werden kurzfristige Wertschwankungen nicht berücksichtigt. Die vermiedenen Abschreibungen betragen 388 Mio. € (Vorjahr: 91 Mio. €). Zur Ermittlung der vermiedenen Abschreibungen wurden Börsen- oder Marktpreise verwendet. Dauerhafte Wertminderungen waren für die Wertpapiere des Anlagevermögens nicht zu berücksichtigen (Vorjahr: 31 Mio. €). Insbesondere wurde keine Abschreibung vorgenommen, sofern die festgestellte Wertminderung nur vorübergehend in Bezug auf die künftige Ertragslage ist oder die betreffenden Wertpapiere Gegenstand des Europäischen Stabilisierungsmechanismus (Euro-Rettungsschirm) sind. Bei fünf Wertpapieren von Kreditinstituten aus EU-Staaten mit einem Marktwert zum Bilanzstichtag von Mio. € 61 und einem Buchwert von Mio. € 71 liegen auf Grund der Besicherung und der Erwartung einer zukünftig verbesserten Ertragslage keine dauerhaften Wertminderungen vor.

<b>Bilanzposten Aktiva</b>	<b>2010 Mio. €</b>	<b>2009 Mio. €</b>
Pos. 4: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig werden:		
• von öffentlichen Emittenten	<b>269</b>	<b>33</b>
• von anderen Emittenten	<b>6.249</b>	<b>6.595</b>
Pos. 5: Der Gesamtbestand von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ist börsenfähig und börsennotiert.		
Pos. 6, 7: Die Bilanzposten Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen enthalten keine börsenfähigen Wertpapiere.		
Pos. 8: Treuhandvermögen Hierin sind enthalten:		
• Zweckvermögen	<b>95</b>	<b>91</b>
• Forderungen an Banken	<b>10</b>	<b>16</b>
Pos. 10: Sachanlagen Hierin sind enthalten:		
• Eigengenutzte Grundstücke und Gebäude, Wohnungen	<b>0</b>	<b>0</b>
• Fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude	<b>18</b>	<b>18</b>
• Betriebs- und Geschäftsausstattung	<b>1</b>	<b>2</b>
Pos. 11: Sonstige Vermögensgegenstände Hierin sind enthalten:		
• Gestellte Barsicherheiten für derivative Verträge	<b>11</b>	<b>86</b>
Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung	<b>1.892</b>	<b>1.648</b>

## Anlagenspiegel

Anlagevermögen Mio. €	Anschaf- -fungs- kosten	Zugänge (Umbu- chungen)	Abgänge	Zuschrei- bungen	Kumu- lierte Abschrei- bungen	Bilanz- wert 31.12.10	Bilanz- wert Vorjahr	Abschrei- bungen 2010
Immaterielle Anlagewerte	1	0	0	-	1	0	0	0
Sachanlagen	34	1	2	-	14	19	20	2
Wertpapiere des Anlagevermögens*	8.480	19.567	1.588	19	31	26.448	8.449	-
Beteiligungen	4	0	-	-	0	4	4	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	27	-	-	-	27	0	0	-
<b>Gesamt</b>	<b>8.546</b>	<b>19.568</b>	<b>1.590</b>	<b>19</b>	<b>73</b>	<b>26.471</b>	<b>8.473</b>	<b>2</b>

\*) Umwidmung von Wertpapieren in das Anlagevermögen



<b>Bilanzposten Passiva</b>	<b>2010 Mio. €</b>	<b>2009 Mio. €</b>
Pos. 4: Treuhandverbindlichkeiten Hierin sind enthalten:		
• Zweckvermögen	<b>95</b>	<b>91</b>
• Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	<b>10</b>	<b>16</b>
Pos. 5: Sonstige Verbindlichkeiten Hierin sind enthalten:		
• Erhaltene Barsicherheiten für derivative Verträge	<b>4.008</b>	<b>263</b>
• anteilige Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten (vor Sicherung)	<b>9</b>	<b>17</b>
• Steuern	<b>1</b>	<b>1</b>
• Erhaltene Optionsprämien	<b>1</b>	<b>1</b>
Gliederung nach Restlaufzeiten:		
• bis ein Jahr	<b>4.019</b>	<b>282</b>
Davon gesichert durch Aktiva gem. § 13 Abs. 2 des Rentenbankgesetzes	-	-
Pos. 7: Rückstellungen Durch die erstmalige Anwendung der Bestimmungen des BilMoG hat sich bei der Bewertung der Rückstellungen zum 01.01.2010 einen Auflösungsbetrag in Höhe von 23 Mio. € (davon Pensionsrückstellungen in Höhe von Mio. € 22) ergeben. Dieser wurde in Anwendung der Bestimmungen im Art. 67 Abs. 1 Satz 3 EGHGB ergebnisneutral in die Gewinnrücklagen eingestellt.		
Pos. 8: Nachrangige Verbindlichkeiten  Gliederung nach Restlaufzeiten:		
• bis ein Jahr	-	<b>300</b>
• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	<b>102</b>	<b>101</b>
• mehr als fünf Jahre	<b>666</b>	<b>656</b>
Gesamtbetrag	<b>768</b>	<b>1.057</b>
Davon gesichert durch Aktiva gem. § 13 Abs. 2 des Rentenbankgesetzes	-	-

Bilanzposten Passiva	2010 Mio. €	2009 Mio. €
----------------------	----------------	----------------

Pos. 8: Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Nachrangverbindlichkeiten sind in Form von Schuldscheindarlehen, Loan-Agreements und Inhaberpapieren mit Globalurkunden ausgestaltet. Für die nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 781 Mio. € (Vorjahr: 1.068 Mio. €) beträgt der Nettoaufwand nach Sicherung 9 Mio. € (Vorjahr: 19 Mio. €).

Die Bedingungen aller Nachrangverbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG und schließen eine vorzeitige Rückzahlung bzw. Umwandlung aus.

Erläuterungen gem. § 35 Abs. 3 RechKredV zu jeder 10 % des Gesamtbetrages der Nachrangverbindlichkeiten übersteigenden Mittelaufnahme:

1. Anleihe über Nominal 25 Mrd. JPY; Buchwert in Mio. € 174;  
Fälligkeit 21.04.2036; Zinssatz vor Sicherung 2,8 %
2. Anleihe über Nominal 100 Mio. €; Buchwert in Mio. € 100;  
Fälligkeit 18.08.2021; Zinssatz vor Sicherung 2,222 %
3. Anleihe über Nominal 100 Mio. €; Buchwert in Mio. € 100;  
Fälligkeit 18.08.2021; Zinssatz vor Sicherung 2,252 %

Von den Schulden lauten auf Fremdwährung	49.555	45.856
--	--------	--------

Passiva unter dem Strich	2010 Mio. €	2009 Mio. €
--------------------------	----------------	----------------

Pos. 1: Eventualverbindlichkeiten

- Ausfallbürgschaften 4 119
- Verbürgung von Sicherheitsleistungen 0 0

Ausfallbürgschaften wurden für zinsverbilligte Kapitalmarktkredite übernommen. Für die zinsverbilligten Kapitalmarktkredite bestehen Rückbürgschaften der öffentlichen Hand.

Pos. 2: Andere Verpflichtungen

Die leichte Erhöhung der unwiderruflichen Kreditzusagen um Mio. € 49 auf den Gesamtbestand in Höhe von Mio. € 1.371 ist ausschließlich auf Zusagen im Förderkreditgeschäft mit Kreditinstituten zurückzuführen.

In den Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen sind in einem Gesamtbetrag in Höhe von 1.374 Mio. € Verbindlichkeiten aus Förderkrediten enthalten, die die Bank mit verschiedenen Hausbanken eingegangen ist. Diese werden durch die Bank nach MaRisk wie Kredite bearbeitet und unterliegen einer laufenden Bonitätsüberprüfung.

<b>Deckungsrechnung</b>	<b>2010 Mio. €</b>	<b>2009 Mio. €</b>
Die deckungspflichtigen Verbindlichkeiten verteilen sich auf:		
• Inhaberpapiere	6	5
• Namenspapiere	3.177	3.761
Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen sind folgende Aktiva bestimmt:		
• Forderungen an Kreditinstitute	9.702	12.397
• Forderungen an Kunden	616	2

## Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

### Erträge

Gliederung nach geografischen Märkten		Mio. €	
		Deutschland	Europa/ OECD
Einzelposten:			
Zinserträge	2010	1.330	1.504
	2009	1.594	1.492
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	2010	-	-
	2009	-	-
Laufende Erträge aus Beteiligungen	2010	-	-
	2009	-	-
Provisionserträge	2010	3	-
	2009	4	-
Erträge aus der Zuschreibung zu Wertpapieren des Anlagevermögens	2010	4	23
	2009	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	2010	5	-
	2009	4	-

Im Posten „Zinserträge“ sind Erträge aus der Abzinsung der Rückstellungen für hauseigene Programmkredite in Höhe von Tsd. € 1,6 enthalten. Im Zinsaufwand sind Effekte aus der Aufzinsung der Rückstellungen für hauseigene Programmkredite in Höhe von Tsd. € 110,7 ausgewiesen.

<b>Erläuterungen der wichtigsten Einzelbeträge nach § 35 Abs. 1 Nr. 4 RechKredV</b>	<b>2010 Mio. €</b>	<b>2009 Mio. €</b>
Pos. 6: Sonstige betriebliche Aufwendungen		
In dieser Position sind folgende wesentliche Posten enthalten:		
• Kapitalzuweisung Edmund-Rehwinkel Stiftung	2	2
• Abwicklungskosten aus der Aufrechnung der Zahlungsansprüche	-	3
• Zinsaufwand aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen	5	-

Pos. 7: Sonstige betriebliche Erträge	2010 Mio. €	2009 Mio. €
In dieser Position sind folgende wesentliche Posten enthalten:		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mieteinnahmen für bankeigene Gebäude</li> <li>• Sonstige Erstattungen</li> <li>• Sonstige Erträge aus Rückstellungsaufösungen</li> <li>• Entschädigungszahlung für Nutzungsrechte</li> </ul>	<p style="text-align: right;">2</p> <p style="text-align: right;">1</p> <p style="text-align: right;">2</p> <p style="text-align: right;">-</p>	<p style="text-align: right;">2</p> <p style="text-align: right;">1</p> <p style="text-align: right;">0</p> <p style="text-align: right;">0</p>

Im Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ sind Aufwendungen aus der Währungsumrechnung in Höhe von Tsd. € 0,4 enthalten. Im Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ sind Erträge aus der Währungsumrechnung in Höhe von Tsd. € 17,8 ausgewiesen. Diese Währungsumrechnungsposten resultieren ausschließlich aus der Währungsbewertung der Zahlungsverkehrskonten im Ausland. Im Vorjahr wurden die saldierten Währungsgewinne und -Verluste in Höhe von Tsd. € 20,0 im GuV-Posten „Nettoertrag aus Finanzgeschäften“ ausgewiesen.

In den Aufwendungen und Erträgen sind keine wesentlichen periodenfremden Posten enthalten.

## Sonstige Angaben

### Angaben über marktrisikobehaftete Geschäfte

Derivate werden ausschließlich als Absicherungsinstrumente für bestehende und absehbare Marktpreisrisiken genutzt. Das Volumen der Geschäfte ist durch positions-, kontrahenten- und produktbezogene Limite begrenzt und wird im Rahmen unseres Risikomanagements ständig überwacht.

Als beizulegender Zeitwert wird der Betrag angesehen, zu dem ein Finanzinstrument bei Vertragsabschluss unter sachverständigen und unabhängigen Marktteilnehmern gehandelt werden kann.

Für Derivate wird der beizulegende Zeitwert mittels anerkannter Bewertungsmodelle ermittelt. Den Modellen liegen beobachtbare Marktparameter zugrunde.

Der beizulegende Zeitwert von Kontrakten ohne optionale Bestandteile wird auf Basis ihrer abgezinsten erwarteten zukünftigen Zahlungsströme, Discounted Cashflow – Methode, ermittelt. Zur Abzinsung wird die risikolose Zinskurve ggf. zuzüglich eines Basisswap-Spreads herangezogen. Die Basisswap-Spreads werden differenziert nach Laufzeit und Währung von einem externen Marktdatenanbieter bezogen.

Kontrakte mit optionalen Bestandteilen werden mit bankaufsichtsrechtlich anerkannten Optionspreismodellen bewertet. Neben der oben erwähnten risikolosen Zinskurve gehen zudem Volatilitäten und Korrelationen zwischen beobachtbaren Marktdaten in die Berechnung ein.

## Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumina –

Gemäß § 285 Nr. 19 HGB sind die zum Marktwert bewerteten derivativen Geschäfte wie folgt dargestellt (Netting- und Collateral-Vereinbarungen wurden in der Aufstellung nicht berücksichtigt):

Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2010
<b>Zinsrisiken</b>				
Zinsswaps	75.408	66.537	1.770	2.349
• davon in Swaps eingebettete Kündigungs- und Wandlungsrechte	753	799	18	33
Swaptions				
• Käufe	-	-	-	-
• Verkäufe	626	647	-	34
Sonstige Zinstermingeschäfte	7	447	7	-
Zinsrisiken – gesamt –	76.041	67.631	1.777	2.383
<b>Währungsrisiken</b>				
Zins-Währungsswaps	44.219	41.031	4.213	872
• davon in Swaps eingebettete Devisenoptionen	181	187	19	8
• davon in Swaps eingebettete Kündigungsrechte	101	83	0	5
Währungsswaps	8.698	8.951	48	85
Währungsrisiken – gesamt –	52.917	49.982	4.261	957
<b>Aktien- und sonstige Preisrisiken</b>				
Aktienindex-Swaps	45	131	2	1
• davon in Swaps eingebettete Aktienoptionen	45	131	2	1
Aktien- und sonstige Preisrisiken – gesamt –	45	131	2	1
<b>Zins-, Währungs-, Aktien- und sonstige Preisrisiken</b>	129.003	117.744	6.040	3.341

### Derivative Geschäfte – Fristengliederung –

Nominalwerte in Mio. €	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken	
	31.12.10	31.12.09	31.12.10	31.12.09	31.12.10	31.12.09
Restlaufzeiten						
• bis drei Monate	1.991	2.502	9.238	12.133	-	-
• mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	8.907	8.789	7.185	5.343	-	86
• mehr als ein Jahr bis zu fünf Jahren	38.521	33.174	27.605	24.414	15	15
• mehr als fünf Jahre	26.622	23.166	8.889	8.092	30	30
<b>Gesamt</b>	<b>76.041</b>	<b>67.631</b>	<b>52.917</b>	<b>49.982</b>	<b>45</b>	<b>131</b>

### Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung –

Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2010
Banken in der OECD	109.249	100.566	4.749	2.960
Sonstige Kontrahenten	19.754	17.178	1.291	381
<b>Gesamt</b>	<b>129.003</b>	<b>117.744</b>	<b>6.040</b>	<b>3.341</b>

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte, insbesondere Geschäfte in Fremdwährung, waren bei der Bank zur Deckung von Marktpreisschwankungen abgeschlossen. Die Verpflichtungen aus schwebenden Geschäften bestehen zum Jahresultimo aus Zinsswaps, Währungsswaps, Zins-Währungsswaps, Zinsterminkontrakten sowie Optionsgeschäften.

Neben der sicherungsbedingten Bewertung der derivativen Geschäfte werden die Buchwerte, resultierend aus der periodengerechten Zinsabgrenzung, in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute (850 Mio. €), Forderungen an Kunden (195 Mio. €), Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (609 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (71 Mio. €) ausgewiesen.

#### Angaben nach § 285 Nr. 23 HGB zu Bewertungseinheiten

Die Rentenbank setzt zur Absicherung von Währungsrisiken Währungsswaps, Zins-Währungsswaps und Devisentermingeschäfte ein. In der Bilanz erfolgte die Abbildung der Sicherung von Währungsrisiken mittels dispositiven Währungseinheiten gemäß § 254 HGB.

Zur Messung der Effektivität von Sicherungsbeziehungen wird im Regelfall die „Critical Term Match/Short Cut Methode“ herangezogen, bei der die Cash Flows von Grund- und Sicherungsgeschäft gegenübergestellt werden. Die Währungskursschwankungen korrespondierender Bilanzgeschäfte und Sicherungsderivate verhalten sich jeweils gegenläufig und gleichen sich aus. Die Bilanz- und Sicherungsgeschäfte waren in dispositiven Währungs-Bewertungseinheiten zusammengefasst und wurden bilanziell wie folgt erfasst.

Angaben zum Buchwert und der Bilanzposten der dispositiven Währungseinheiten:

Bilanzposten	Buchwert nach Sicherung in Mio. €	Abgesichertes Risiko
Forderungen an Kreditinstitute	108	Währung
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.657	Währung
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	114	Währung
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	115	Währung
Verbriefte Verbindlichkeiten	46.609	Währung
Nachrangverbindlichkeiten	508	Währung

## Sonstiges

Im Geschäftsjahr 2010 betragen die Gesamtbezüge des Vorstandes der Bank 2.625 Tsd € (Vorjahr: 2.069 Tsd €). Für die einzelnen Vorstandsmitglieder wurde folgende Vergütung im Geschäftsjahr 2010 festgesetzt:

Angaben in Tsd €	Fixe Bezüge	Variable Bezüge	Sonstige Bezüge	Gesamt
Hans Bernhardt	300	355	32	687
Dr. Horst Reinhardt	300	355	22	677
Dr. Marcus Dahmen (bis 08.02.2010)	34	390	837	1.261

Die sonstigen Bezüge für das im Berichtsjahr 2010 ausgeschiedene Vorstandsmitglied enthalten Zahlungen nach Beendigung des organschaftlichen Bestellungsverhältnisses.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihrer Hinterbliebenen sind zum 31.12.2010 insgesamt 15.385 Tsd € (Vorjahr: 19.104 Tsd €) zurückgestellt. An laufenden Versorgungsbezügen sind 1.200 Tsd € (Vorjahr: 1.414 Tsd €) gezahlt worden. Die Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates nahmen im Geschäftsjahr 2010 wie im Vorjahr keine Kredite in Anspruch.

Gemäß der geltenden Vergütungsregelung erhält der Vorsitzende des Verwaltungsrates eine fixe Vergütung von 25 Tsd € und sein Stellvertreter 12,5 Tsd €. Mitglieder, die Vorsitzende eines Ausschusses des Verwaltungsrates sind, erhalten 10 Tsd €, soweit nicht bereits eine höhere Vergütung bezogen wird. Verwaltungsratsmitglieder mit Ausschusstätigkeit werden mit 8,5 Tsd €, Verwaltungsratsmitglieder ohne

Ausschusstätigkeit mit 7 Tsd € vergütet. Zusätzlich wird den Verwaltungsratsmitgliedern ein Sitzungsgeld von 0,5 Tsd € pro Sitzung gezahlt.

Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge unserer Verwaltungsratsmitglieder betragen 220 Tsd € (Vorjahr 211 Tsd €, jeweils mit Umsatzsteuer). In der folgenden Tabelle sind die individuellen Bezüge aufgelistet (jeweils ohne Umsatzsteuer).

Angaben in Tsd €	Mitgliedschaft	Vergütung	Sitzungsgelder
Gerd Sonnleitner (Vorsitzender)	01.01. - 31.12.	25,0	3,0
Ilse Aigner**	01.01. - 31.12.	12,5	1,5
Dr. Helmut Born	01.01. - 31.12.	8,5	2,5
Bruno Fehse	01.01. - 31.12.	7,0	1,0
Udo Folgart	01.01. - 31.12.	7,0	1,5
Heinrich Haasis	01.01. - 31.12.	8,5	1,0
Werner Hilse	01.01. - 31.12.	8,5	1,5
Dr. Benjamin-Immanuel Hoff	01.01. - 31.12.	7,0	1,5
Dietrich Jahn	01.01. - 31.12.	8,5	1,5
Wolfgang Kirsch	01.01. - 31.12.	8,5	1,5
Dr. Robert Kloos	01.10. - 31.12.	1,9	0,5
Franz-Josef Möllers	01.07. - 31.12.	3,7	1,0
Klaus-Peter Müller	01.01. - 31.12.	10,0	0,5
Manfred Nüssel	01.01. - 31.12.	8,5	2,5
Johannes Remmel	15.07. - 31.12.	3,2	0,5
Brigitte Scherb	01.01. - 31.12.	8,5	2,0
Norbert Schindler	01.01. - 30.06.	4,3	1,0
Eckhard Uhlenberg*	01.01. - 13.07.	3,8	1,0
Dr. Jörg Wendisch	01.01. - 30.09.	6,4	2,0
Klaus WieseHügel	01.01. - 31.12.	8,5	1,5
Herbert Wolff	01.01. - 31.12.	7,0	1,5

\*) oder Vertreter

\*\*\*) Spende an die Deutsche Stiftung Verbraucherschutz

Anzahl der Mitarbeiter - ohne Bankvorstände - im Jahresdurchschnitt:

Personalbestand	2010			2009		
	männl.	weibl.	insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt
Vollzeitbeschäftigte	120	76	196	115	78	193
Teilzeitbeschäftigte	3	28	31	2	23	25
Insgesamt	123	104	227	117	101	218

Der wesentliche Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB:

	Eigenkapital Mio. € 2010	Anteil am Kapital %	Ergebnis Mio. € 2010
LR Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	<b>53,4</b>	<b>100,0</b>	<b>+2,6</b>
Deutsche Bauernsiedlung - Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt am Main (in Abwicklung)	<b>8,2*</b>	<b>25,1</b>	<b>-0,4*</b>
DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	<b>12,2</b>	<b>100,0</b>	<b>-0,2</b>

\*) 2009

Die Landwirtschaftliche Rentenbank hat sich in Form einer Patronatserklärung verpflichtet, sofern und solange sie 100% der Anteile an der LR Beteiligungsgesellschaft mbH hält, dafür zu sorgen, dass die LR Beteiligungsgesellschaft mbH finanziell so ausgestattet wird, dass sie jederzeit in der Lage ist, ihre Verpflichtungen pünktlich zu erfüllen.

Auf die Nennung weiterer Gesellschaften nach § 285 Nr. 11 HGB haben wir gemäß § 286 Abs. 3 Nr. 1 HGB verzichtet, weil sie für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank von untergeordneter Bedeutung sind.

Angaben zu den Abschlussprüferhonoraren sind im Anhang zum Konzernabschluss enthalten.

Die Erklärung zum Public Corporate Governance Kodex ist auf der Internetseite der Rentenbank unter [www.rentenbank.de](http://www.rentenbank.de) öffentlich zugänglich.

Der Jahresabschluss ist auf der Internetseite der Rentenbank verfügbar und kann darüber hinaus am Standort der Bank angefordert werden.

In der folgenden Übersicht werden die Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 3 HGB), die von gesetzlichen Vertretern oder anderen Mitarbeitern wahrgenommen werden, gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB aufgeführt:

Hans Bernhardt	BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH, Berlin (Mitglied des Aufsichtsrates ab 25.08.2010)
Dr. Horst Reinhardt	VR-LEASING AG, Frankfurt am Main (Mitglied des Aufsichtsrates ab 02.09.2010)
Lothar Kuhfahl	Niedersächsische Landgesellschaft mbH, Hannover (Mitglied des Aufsichtsrates)
Dr. Marcus Dahmen	BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH, Berlin (Mitglied des Aufsichtsrates bis 24.08.2010)

VR-LEASING AG, Frankfurt am Main  
(Mitglied des Aufsichtsrates bis 30.06.2010)

DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank,  
Frankfurt am Main (Mitglied des Beirats  
bis 17.05.2010)

Die Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates im Geschäftsjahr 2010 sind auf den folgenden Seiten aufgeführt.

Frankfurt am Main, den 8. März 2011

LANDWIRTSCHAFTLICHE RENTENBANK  
Der Vorstand

Bernhardt

Dr. Reinhardt

## Organe

### **Vorstand**

Dipl.-Kfm. Hans Bernhardt  
Dipl.-Volksw. Dr. Horst Reinhardt  
Dipl.-Volksw. Dr. Marcus Dahmen  
(bis 08.02.2010)

### **Verwaltungsrat**

#### **Vorsitzender:**

Präsident Gerd Sonnleitner  
Deutscher Bauernverband e.V., Berlin

#### **Stellvertreter des Vorsitzenden:**

Ilse Aigner  
Bundesministerin für Ernährung, Land-  
wirtschaft und Verbraucherschutz, Berlin

#### **Vertreter des Deutschen Bauernverbandes e.V.:**

Generalsekretär Dr. Helmut Born  
Deutscher Bauernverband e.V., Berlin

Präsident Udo Folgart  
Landesbauernverband Brandenburg e.V., Teltow/Ruhlsdorf

Präsident Werner Hilse  
Landvolk Niedersachsen-Landesbauern-  
verband e.V., Hannover

Präsident Franz-Josef Möllers  
Westfälisch-Lippischer-Landwirtschafts-  
verband e.V., Münster  
(ab 01.07.2010)

Präsidentin Brigitte Scherb  
Deutscher Landfrauenverband e.V., Berlin

Präsident Norbert Schindler, MdB  
Bauern- und Winzerverband, Rheinland-Pfalz Süd e.V.,  
Berlin  
(bis 30.06.2010)

#### **Vertreter des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V.:**

Präsident Manfred Nüssel  
Deutscher Raiffeisenverband e.V., Berlin

**Vertreter der Ernährungswirtschaft:** Präsident Bruno Fehse  
Bundesverband der Agrargewerblichen  
Wirtschaft e.V., Bonn

**Landwirtschaftsminister der Länder:**

**Berlin:** Professor Dr. Benjamin-Immanuel Hoff  
Staatssekretär Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt  
und Verbraucherschutz des Landes Berlin, Berlin  
(ab 01.01.2010)

**Nordrhein-Westfalen:** Minister Eckhard Uhlenberg  
Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft  
und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen,  
Düsseldorf  
(bis 13.07.2010)

Minister Johannes Remmel  
Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft,  
Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-  
Westfalen, Düsseldorf  
(ab 15.07.2010)

**Sachsen:** Herbert Wolff  
Staatssekretär Sächsisches Staatsministerium  
für Umwelt und Landwirtschaft, Dresden  
(ab 01.01.2010)

**Vertreter der Gewerkschaften:** Klaus WieseHügel  
Bundsvorsitzender der  
IG Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt am Main

**Vertreter des  
Bundesministeriums für  
Ernährung, Landwirtschaft  
und Verbraucherschutz:**

Dr. Jörg Wendisch  
Ministerialdirektor, Bonn  
(bis 30.09.2010)

Dr. Robert Kloos  
Staatssekretär, Berlin  
(ab 01.10.2010)

**Vertreter des  
Bundesministeriums der  
Finanzen:**

Dietrich Jahn  
Ministerialdirigent, Berlin

**Vertreter von  
Kreditinstituten oder  
andere  
Kreditsachverständige:**

Klaus-Peter Müller  
Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
Commerzbank AG, Frankfurt am Main

Präsident Heinrich Haasis  
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin

Wolfgang Kirsch  
Vorsitzender des Vorstandes  
DZ BANK AG  
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen im Rentenbank-Gesetz und in der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Bank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main, den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Regelungen im Rentenbank-Gesetz und in der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Bank und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Für die Vermögensübersicht zum 31. Dezember 2010 und für die Erfolgsrechnung für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 des Zweckvermögens in der Fassung der Anlage zu unserem Berichtsteil III haben wir am 17. Januar 2011 folgenden Vermerk erteilt:

"Die Buchführung und die Jahresrechnung des Zweckvermögens bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main, entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Grundsätzen einer ordnungsmäßigen Rechnungslegung."

Frankfurt am Main, den 8. März 2011

**Deloitte & Touche** GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Prof. Dr. Kläs  
Wirtschaftsprüfer

Hansen  
Wirtschaftsprüfer

## **Versicherung der gesetzlichen Vertreter**

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungs-Grundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Bank beschrieben sind.

Frankfurt am Main, 8. März 2011

LANDWIRTSCHAFTLICHE RENTENABANK  
Der Vorstand

Bernhardt

Dr. Reinhardt

## **Bericht des Verwaltungsrates**

Der Verwaltungsrat und die von ihm gebildeten Ausschüsse haben während des Geschäftsjahres die ihnen nach Gesetz, Satzung und den Corporate-Governance-Grundsätzen der Rentenbank übertragenen Aufgaben wahrgenommen und den Vorstand in der Ordnungsmäßigkeit seiner Geschäftsführung beraten und überwacht.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss sowie ergänzend der Lagebericht nach den Rechnungslegungsvorschriften des HGB zum 31. Dezember 2010 sind durch die Deloitte & Touche GmbH - Wirtschaftsprüfungsgesellschaft -, Frankfurt am Main, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Konzernabschluss sowie ergänzend der Konzernlagebericht wurden zum 31. Dezember 2010 nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften vom Vorstand aufgestellt und durch die Deloitte & Touche GmbH - Wirtschaftsprüfungsgesellschaft -, Frankfurt am Main, geprüft sowie mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Verwaltungsrat hat von dem Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsrat hat den Jahresabschluss und den Konzernabschluss inklusive der ergänzenden Lageberichte sowie den Geschäftsbericht für die Landwirtschaftliche Rentenbank geprüft. Er beschließt den Jahresabschluss 2010 der Bank und billigt den Konzernabschluss sowie ergänzend die Lageberichte 2010.

Der Verwaltungsrat beschließt darüber hinaus, dass aus der Deckungsrücklage aufgrund der gesetzlichen Regelung in § 2 Abs. 3 des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank, die die Deckungsrücklage auf maximal 5 % der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen begrenzt, € 29 186 291,89 entnommen werden und der Hauptrücklage in derselben Höhe zugeführt werden.

Von dem im Jahresabschluss in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ausgewiesenen Jahresüberschuss von € 47 000 000,-- werden € 35 250 000,-- der Hauptrücklage nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank zugewiesen.

Der Verwaltungsrat beschließt weiterhin, den Bilanzgewinn von € 11 750 000,-- in der Weise zu verwenden, dass € 5 875 000,-- dem Zweckvermögen und dem Förderungsfonds (§ 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank) € 5 875 000,-- für sonstige das Allgemeininteresse wahrende Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums zur Verfügung gestellt werden.

Der Verwaltungsrat hat sich davon überzeugt, dass Vorstand und Verwaltungsrat den Public Corporate Governance Kodex des Bundes in der Fassung vom 30. Juni 2009 beachten. Er wird dessen Beachtung und Umsetzung fortlaufend prüfen. Der Verwaltungsrat billigt den Corporate Governance Bericht einschließlich der Entsprechenserklärung.

Berlin, den 31. März 2011

DER VERWALTUNGSRAT  
DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN RENTENBANK

Der Vorsitzende  
Gerd Sonnleitner